



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Archiv der Zentralstelle

MfS ZAIG

NR. 11400

Kopie BStU
AR 4

2. Teil

1.3. Aktivitäten Westdeutschlands

Die generelle Zielsetzung der westdeutschen Osteuropapolitik ist nicht nur weitgehend identisch mit der amerikanischen Globalstrategie, sondern integrierender Bestandteil dessen. Eines der hauptsächlichsten Elemente der "flexiblen" Osteuropa-Politik Bonns ist:

- Schaffung ökonomischer Abhängigkeiten, vornehmlich durch eine differenzierte Handelspolitik und Kreditgewährung.

Daß die Schaffung ökonomischer Abhängigkeiten von Westdeutschland angestrebt und diese gegebenenfalls als politisches Druckmittel benutzt werden sollen, spricht Ernst Majonica, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion offen aus.

"Vor allem in der Wirtschaft", meint Majonica in seinem Buch "Deutsche Außenpolitik", "sind Ansätze vorhanden, das Kräfteverhältnis in Ost und West zu verändern, und zwar zugunsten des Westens. Moderne Diplomatie ist weitgehend Wirtschaftsdiplomatie geworden. Handel schafft gegenseitige Abhängigkeiten. Moderne Maschinen benötigen bei der schnellen technischen Entwicklung Nachlieferungen. Bei einem Ausbleiben würden sich große Schwierigkeiten für die ... Wirtschaft ergeben."

Die Entwicklung in der CSSR seit Januar 1968 verursachten bei der westdeutschen Regierung, den Monopolverbänden und Banken eine verstärkte handelspolitische Tätigkeit, um das Eindringen in die CSSR zu forcieren und ökonomische Abhängigkeiten zu schaffen.

Die Versuche Westdeutschlands, durch geeignete Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet auf die CSSR Einfluß zu nehmen, werden unmittelbar durch die Bonner Regierung aktiviert und koordiniert. Das Bundeskabinett beauftragte das Wirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt, einen Überblick über das Ausmaß der wirtschaftlichen Beziehungen Bonns zu den europäischen sozialistischen Ländern vorzulegen, um die Möglichkeiten einer Ausweitung des Handels vor allem mit der CSSR zu prüfen.

Bundesaußenminister Brandt hat über Mittelsmänner die FDP veranlaßt, innerhalb der Partei vertraulich den Hinweis zu verbreiten, die in Resolutionen, Beschlüssen und Presseartikeln die Bundesregierung und die Regierungen der übrigen westlichen Länder aufzufordern, der CSSR kurzfristig wirtschaftliche Hilfsangebote ohne jede politischen Bedingungen zu unterbreiten. Dies sei die einzige Möglichkeit, die Arbeiterschaft der CSSR von der Richtigkeit des neuen Kurses restlos zu überzeugen.

Entsprechend dem Hinweis der Bonner Regierung, daß noch längst nicht alle Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den europäischen sozialistischen Staaten erschöpft seien, ist man bemüht, zu erreichen, daß die CSSR

- im Interesse der Durchführung ihrer wirtschaftlichen Reformen auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit Westdeutschland angewiesen ist;
- bei einer Reihe von Industriezweigen eine Änderung der RGW-Verpflichtungen zugunsten des West-Handels vornimmt;
- den Sozialismus an die Formen der modernen Industriestaaten des Westens anpaßt, was folgerichtig zur Aufgabe sozialistischer Prinzipien und schließlich der sozialistischen Ordnung überhaupt führen würde.

Zur Durchsetzung dieser Ziele wurden von westdeutschen Wirtschaftsfunktionären eine Reihe von Kontakten in der CSSR aufgenommen, die äußerst diskret behandelt wurden und nach außen hin "privaten" Charakter tragen.

Die bürgerliche Schweizer Zeitung "Journal de Geneve" berichtete Einzelheiten über den als "Privat-Besuch" getarnten Aufenthalt des westdeutschen Bundesbankpräsidenten Blessing in Prag.

Die Zeitung unterstreicht, daß der ehemalige Vertraute Himmels mit "Zustimmung Willy Brandts" nach Prag reiste. Dort habe Blessing die Gelegenheit benutzt, um mit dem Notenbankpräsidenten der CSSR "über alle wirtschaftlichen, finanziellen und Währungsprobleme zu sprechen", mit denen sich die CSSR-Führung "in absehbarer Zeit zu befassen haben wird". Zu den weiteren Gesprächsthemen habe auch die "Frage eines evtl. Beitritts der Tschechoslowakei zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank" gehört. Man glaube zu wissen, schreibt die Zeitung "daß die Tschechoslowakei für diesen Beitritt Unterstützung in der westlichen Hemisphäre sucht". Unter Bezugnahme auf entsprechende westdeutsche Offerten schreibt die Zeitung, daß langfristige Kredite nur für die Verwirklichung großer Projekte bewilligt werden würden, an denen die (west-)deutsche Industrie interessiert wäre".

Die westdeutsche Zeitschrift "Industriekurier" schrieb nach der Prag-Reise Blessings:

"Die Bemühungen Prags um westdeutsche Kredite sind nach unseren Informationen schon recht weit gediehen. Mit einigen Geschäftsbanken in der Bundesrepublik wurden erste Gespräche geführt... Die grundsätzliche Bereitschaft zur Kreditgewährung dürfte an der Bundesrepublik durchaus bestehen. Ludwig Poullain, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und Chef der fusionierten nordrhein-westfälischen Girozentrale, hat bereits vor einiger Zeit auf die Frage, ob sich sein Institut beteiligen werde, mit einem klaren Ja geantwortet."

Nach seiner Rückkehr aus Prag hat Blessing dem Inhaber der Westberliner Finanz- und Kreditbank (Tochterunternehmen der Deutschen Bank), Dr. Feil, geraten, sein Augenmerk als Privatbank auf eine verstärkte Kontaktpflege mit der CSSR zu richten. Die Bundesbank sei bereit, einen von Dr. Feil an die CSSR vergebenen Kredit jederzeit abzudecken.

Wie die "Frankfurter Rundschau" am 19. 6. 1968 berichtet, möchte der westdeutsche Wirtschaftsminister Schiller der tschechoslowakischen Regierung durch eine westdeutsche Bürgschaft zu einem Kredit der Weltbank verhelfen. Die tschechoslowakische Regierung hätte sich bei der Weltbank lange vergeblich um einen Kredit bemüht

Diese angebotene "Unterstützung" des westdeutschen Wirtschaftsministers geschieht nur im ureigensten Interesse. Der Prager Korrespondent der "New York Times" legt es so dar:

"Wichtigster Anreiz dabei ist die Bereitschaft Westdeutschlands, Kapital für die Umgestaltung der tschechoslowakischen Industrie zur Verfügung zu stellen."

Bei einer Zusammenkunft mit dem Leiter der westdeutschen Handelsvertretung in Prag, Heipertz, an der u. a. der Wirtschaftswissenschaftler Seloucky und der Vizepräsident des Schriftstellerverbandes, Prochazka, teilnahmen, wurde geäußert, daß die Entwicklung in der CSSR nach den Januar-Ereignissen noch viel rasanter in einer anderen Richtung verlaufen würde, wenn die sozialistischen Staaten nicht einen gewissen Druck ausüben würden. Es sei deshalb notwendig, schnell finanzielle und wirtschaftliche Verbindungen zum Westen herzustellen, um sich auf diese Weise von den sozialistischen Ländern unabhängig machen zu können.

In diesem Sinne sei es notwendig, schon in den nächsten Monaten soviel wie möglich wirtschaftliche Vereinbarungen mit dem Westen zu treffen, um die Prager Regierung vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Von Heipertz wurde dazu erklärt, daß Westdeutschland als auch andere kapitalistische Staaten natürlich Garantien haben müßten, wenn sie der CSSR Kredite gewähren und die Handelsbeziehungen vertiefen. Er selbst habe großes Interesse an westlichen Investitionen in der CSSR, man müsse aber verstehen, daß diese Investitionen durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in der CSSR gesichert werden müßten. Es müsse also eine gesellschaftliche Ordnung existieren, die garantiert, daß die kapitalistischen Staaten ihrer Investitionen nicht verlustig gehen.

Es ist daher nur zu verständlich, daß die aktive Tätigkeit der westdeutschen Handelsmission von der amerikanischen Zeitung "Christian Science Monitor" lobend erwähnt wird. Sie schreibt am 16. August 1968:

"Die westdeutsche Handelsmission in Prag leistet eine erfolgreiche Arbeit und hat Zugang zu offiziellen Persönlichkeiten in allen Ministerien."

Der "SPD-Pressedienst" vom 6. 5. 1968 schreibt:

"Angesichts der drängenden wirtschaftlichen Probleme in der Tschechoslowakei bekennt sich der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ernst Paul in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sudetendeutschen Seliger-Gemeinde zur Hilfsbereitschaft. 'Wir werden unseren Einfluß aufbieten, um die Tschechoslowakei in ihrer wirtschaftlichen Krise zu unterstützen. Wir erheben in diesem Sinne unsere Stimme in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Da es um das Land und seine Menschen geht, halten wir auch in wirtschaftlichen Fragen Solidarität für sinnvoller als brutale Konkurrenz'. Sicherlich sei es gar nicht schwer, Gründe dafür zu benennen, daß in der heutigen Tschechoslowakei ein wirtschaftlicher Stillstand eingetreten sei, der einem Rücktritt gleichkommt. 'Aber', so führt Paul aus, 'in dieser Zeit wollen wir uns nicht in kleinlicher Besserwisserie ergehen. Wir vertreten vielmehr Gedanken, die Wenzel Jaksch in der Schrift 'Westeuropa-Osteuropa-Sowjetunion' entwickelt hat. Wer in Prag an den Westen denkt, ist sich dessen bewußt, daß dessen nächster Staat die Bundesrepublik Deutschland ist."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann hat, wie der "Deutschland-Union-Dienst" vom 10. 7. 68 berichtet, als mögliches Gemeinschaftsprojekt zwischen der Bundesrepublik und der GSSR eine Autobahnverbindung von Nürnberg über Amberg und Pilsen nach Prag angeregt. "Die neue Führung in Prag", so erklärte der Abgeordnete, "muß selbst am besten beurteilen können, wann sie den geeignetsten Zeitpunkt für intensivere Gespräche mit der Bundesrepublik für gekommen hält". Das sollte jedoch, wie weiter berichtet wird, nach Auffassung des CDU-Abgeordneten beide Seiten nicht davon abhalten, den Aufbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im allseitigen Interesse systematisch und vorausschauend voranzutreiben. Besonders sei dabei zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen einzelnen Unternehmen und für einzelne Projekte sich anböten.

Der Bonner Verkehrsminister Leber hat am 30. 7. 68 in Nürnberg nochmals die Absicht der westdeutschen Regierung unterstrichen, eine Autobahnverbindung herzustellen, die künftig bis Prag weitergeführt werden soll.

Das westdeutsche "Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" bemüht sich gegenwärtig, mit dem tschechoslowakischen Institut für internationale Politik und Ökonomie in Kontakt zu kommen.

So fand im Juni in Bonn eine Konferenz von Wirtschaftsfachleuten beider Institute statt, an der u. a. von westdeutscher Seite der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, der frühere deutsche Botschafter in Moskau von Walter und der SPD-Abgeordnete und künftige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eppler, teilnahmen.

In diesem Zusammenhang ist das Eingeständnis bemerkenswert, daß die Bundesregierung daran interessiert sei, ihre "Kontaktaufnahmen" in der Öffentlichkeit nicht bekanntwerden zu lassen. So schreibt z. B. die Zeitung "Nürnberger Nachrichten":

"So weitgehend unbemerkt, wie der Bundesbankpräsident Blessing kürzlich an der Moldau die Lage sondierte, sollten alle derartigen Kontakte vonstatten gehen".

Die Zeitung spricht von "zahllosen Verbindungen", die in diesen Wochen geknüpft werden und erklärt, daß "möglichst schnell" nachgeholt werden soll, was "in 20 Jahren nicht möglich war".

Die "Frankfurter Allgemeine" schreibt in ihrer Ausgabe vom 19.7.68:

"Wo ganz handfeste Hilfe zu leisten ist, sollte es so unauffällig wie möglich geschehen und immer unter Vortritt westeuropäischer Freunde".

Das dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zugehörnde Deutsche Industrie-Institut/Köln (DII) hat Ende Juli 1968 eine Einschätzung der ökonomischen Situation in der CSSR fertiggestellt. Darin wird dargelegt, daß dem "politischen Umbruch in Prag" jahrelange Kontakte der ökonomischen Reformisten mit dem Westen vorausgegangen sind, die der Vorbereitung einer neuen Konzeption auf wirtschaftlichem Gebiet galten. Die Praktiker in Prag hätten richtig erkannt, daß nur Reformen auf dem wirtschaftlichen Gebiet zum Erfolg führen könnten, da die politische und militärische Lage der CSSR wie vor dem Kriege auf die westlichen

Weltmärkte orientieren wolle und damit die Abhängigkeit vom sowjetischen Rohstoffmarkt und von der SU als Abnehmer von Fertigprodukten allmählich auf ein "erträgliches Maß" zurückgeführt werden könne. Die Erneuerung des Maschinenparks solle mit westlichen Devisen ermöglicht werden. Es sei verständlich, daß Prag die Konsolidierung seiner Auslandsverbindlichkeiten (knapp 500 Mio \$ kurzfristiger teurer Kredite vom Westen mit Schwerpunkten in Großbritannien, der Bundesrepublik, Frankreich und den USA in langfristige Anleihen zu niedrigen Zinssätzen anstrebt und dabei auch auf eine diskrete und wirksame Unterstützung durch die Bundesrepublik hoffe. Bei dem weiteren Ausbau der westdeutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen werde mit viel Behutsamkeit und Geduld vorgegangen werden müssen. Dabei sollten nach Auffassung des DII die westdeutschen Bemühungen um die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zur CSSR nicht erlahmen. Das DII sehe eine Chance für die westdeutsche Industrie darin, eine freizügige Wirtschaftspolitik in der CSSR in "Positionsvorteile" ummünzen zu können. Ein rein wirtschaftliches Engagement lehnte das DII jedoch ab, da dieses letztlich zu einer Stärkung des Ostblocks und einer Entlastung der UdSSR führe. Im DII wurde einheitlich die Ansicht vertreten, daß auch das Schicksal der DDR in ihrer gegenwärtigen Form und politischen Zielrichtung besiegelt sei, wenn sich die neue Richtung in Prag uneingeschränkt durchgesetzt hätte.

Dieses Deutsche Industrie-Institut des Bundesverbandes der Deutschen Industrie wird schon seit langem damit beauftragt, die wirtschaftliche Entwicklung in der CSSR zu beobachten und zu analysieren, um der Bundesregierung die notwendigen Hinweise geben zu können für die Wirtschaftspolitik gegenüber der CSSR. In diesem Kölner Industrie-Institut werden von schwerbelasteten Nazis und deren Gefolgsleute mit einem Apparat von mehr als 200 wissenschaftlichen und technischen Hilfskräften die expansionistischen Konzeptionen des Finanzkapitals detailliert ausgearbeitet.

Leiter des Instituts ist Prof. Rolf Rodenstock, unter Hitler Organisator der feinmechanisch-optischen Rüstungsproduktion. Zu den führenden Mitarbeitern des Industrie-Instituts gehören Dr. Ludwig Losacker und Dr. Fritz Arlt.

Unter Hitler war Losacker SS-Obersturmbannführer und Hauptabteilungsleiter in der Okkupations-"Regierung" des von den Faschisten geschaffenen "Generalgouvernements". Arlt leitet im Institut die "Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Fragen" und hat maßgeblichen Anteil an der Ausarbeitung der sogenannten Ostpolitik der Kiesinger/Strauß-Regierung. Vor 1945 war er Gauamtsleiter und Leiter des "Rassenpolitischen Amtes" der NSDAP im Gebiet Krakow.

Mit Hilfe solcher Leute versucht jetzt die westdeutsche Regierung, ihre ökonomische und politische Strategie in der CSSR zu verwirklichen.

Ende 1967 führte der BDI eine Beratung über Probleme des Osthandels durch, an der namhafte Vertreter der westdeutschen Industrie, u. a. der Vorsitzende des "Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft", Wolff v. Amerongen, und der Präsident des Verbandes Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA), Dr. Reiners, teilnahmen. Wolff v. Amerongen befaßte sich u. a. mit den Fragen der Liberalisierung des Osthandels und Möglichkeiten des Zahlungsbilanzausgleichs mit sozialistischen Ländern. Er empfahl in diesem Zusammenhang die Gewährung von Kredithilfen. Ferner befürwortete Wolff v. Amerongen eine Liberalisierung des Osthandels. Nach Auffassung der an der Beratung teilnehmenden Vertreter des BDI dürfe nicht verkant werden, daß insbesondere zwei politische Gründe die Entwicklung des Osthandels erzwingen: die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik und die Bestrebungen der westdeutschen Außenpolitik, "bessere Kontakte zu Osteuropa" herzustellen.

Nach Auffassung von Wolff v. Amerongen sei es unbedingt notwendig, auf dem Gebiet des Osthandels konsequent weiterzuarbeiten, weil davon wesentlich die Glaubwürdigkeit der "neuen Ostpolitik" der

Bundesregierung abhängen. Die Lösung noch bestehender Schwierigkeiten im Osthandel werde nach seiner Auffassung im Hinblick auf die zunehmende Liberalisierung der Wirtschaftspolitik in den sozialistischen Ländern eine "positive Entwicklung" erfahren.

In Auswertung der Hannover-Messe 1968 nahmen der Bundesverband der Deutschen Industrie und einige seiner wichtigsten Fachverbände zum Osthandel und zur Bonner Ostpolitik Stellung. Es wurde erklärt, daß weitere Maßnahmen vorbereitet würden, die kurzfristig zu einer engeren Zusammenarbeit mit den Industrien in den "Ostblockländern" führen sollten. Die Bonner Regierung dränge verstärkt auf Investitionen in sozialistischen Ländern, um die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit attraktiver zu machen.

Der Geschäftsführer des "Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft", Kirchner, stellte fest, daß "gewisse Fortschritte" bei den Problemen der weiteren Isolierung der DDR im "Ostblock" zu verzeichnen seien. Die Liberalisierungsbestrebungen in einigen Ländern vergrößerten die Möglichkeiten des Eindringens in die Wirtschaft solcher Länder. Es sei damit zu rechnen, daß die gegenwärtige Entwicklung in Rumänien und in der CSSR innerhalb des RGW zu Schwierigkeiten führen werde. Der Prozeß der wirtschaftlichen Einflußnahme müsse fortgesetzt werden durch die Gewährung langfristiger Kredite, den Abschluß von Kooperationsabkommen und großangelegte Warenlieferungen auch auf dem Konsumgüter-Sektor. Es müsse dazu auch eine Zusammenarbeit auf EWG-Basis angestrebt werden, um die wirtschaftliche Ostpolitik zu koordinieren. Ende August 1968 erklärte Kirchner, daß die westdeutsche Industrie um das Weiterfunktionieren der Wirtschaftsbeziehungen zur CSSR keineswegs so besorgt sei, wie man es offiziell zum Ausdruck bringe. Seit Beginn dieses Jahres sei es zu einer großen Zahl von Kooperationsvereinbarungen zwischen westdeutschen Großunternehmen und CSSR-Betrieben gekommen. Da diese Vereinbarungen für die beteiligten Unternehmen in der CSSR existenzwichtig seien, wäre nicht mit einer Annullierung dieser Vereinbarungen zu rechnen.

3.5. Rolle der Massenmedien bei der ideologischen Vorbereitung und Aktivierung konterrevolutionärer Prozesse

Seit Monaten beschäftigen sich die westdeutschen Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen intensiv mit der Entwicklung in der CSSR. Täglich werden Informationen verbreitet, die tendenziö- den politischen Erwägungen der imperialistischen Mächte zuarbei- ten. Bemerkenswert dabei ist, wie differenziert die Massen- medien im Rahmen der sogenannten neuen Ostpolitik der Bonner Regierung wirken.

Analysiert man die wesentlichsten Meldungen und Kommentare der letzten Zeit, so werden hinsichtlich der imperialistischen Einflußnahme auf die Ereignisse in der CSSR folgende Tendenzen offensichtlich:

Einerseits beschränkt man sich auf Gerüchte und Schilderungen "vom Ort der Handlung". Es werden fremde Hände und fremde Zungen benutzt, mit deren Hilfe ein Bild zusammengesetzt wird, nach dem sich die "Erneuerung des Sozialismus" orientieren soll. Es geht hierbei um die strategische Linie, sich sel bst nicht zu offen und zu verbindlich zu arrangieren, um der Weltöffent- lichkeit nicht den Vorwurf zu gestatten, man mische sich in die inneren Angelegenheiten der CSSR ein.

Andererseits wird die taktische Variante getestet, durch rela- tiv offene Propaganda auf die eigenen grundsätzlichen Ziele und Absichten hinzudeuten und damit objektiv konterrevolutionäre Pläne zu fördern.

Die Pläne und Absichten der imperialistischen Kreise kennzeich- nete das Organ der neonazistischen NP, "Deutsche Nachrichten", als es darüber klagte, daß die Westmächte zu lau auf die Ereig- nisse in der CSSR reagieren und nicht effektiver in die inneren Angelegenheiten dieses fremden Landes eingreifen. Solange der Westen nicht bewußt und offen den "Freiheitswillen" unterstütze, solange hätte der Kommunismus Chancen.

Außer den 47 ständigen ausländischen Korrespondenten, die in der CSSR akkreditiert sind, trafen vor dem 21. 8. 68 über 100 Sonder-Korrespondenten - in der Hauptsache aus westlichen

Ländern - in der CSSR ein. Allein die "New York Times" unterhält 5 Korrespondenten in der CSSR. Der englische "Daily Mirror", die italienischen Zeitungen "La Stampa" und "Il Messaggero" sowie die westdeutsche Nachrichtenagentur DPA hatten zusätzliche Korrespondenten in die CSSR entsandt.

Richard Davy, Kommentator der Londoner "Times" hielt sich ebenfalls in der CSSR auf. Insgesamt 24 Teams ausländischer Fernsehgesellschaften stellten Filmreportagen über die Entwicklung in der CSSR zusammen, darunter drei Teams aus den USA und ein Fernsehteam aus Kanada.

Vor allem die Zahl der westdeutschen Journalisten, die sich mit ganz eindeutiger Aufgabenstellung in die CSSR begaben, nahm ständig zu. Das Blatt des westdeutschen Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, "Christ und Welt", erhielt von seinem Sonderkorrespondenten Friedrich H. Neumann einen "Erfahrungsbericht aus der Tschechoslowakei". Dabei war das Interesse Neumanns wie auch das seines Kollegen Dr. Giselher Wirsing, ebenso wie das des Korrespondenten von Springers "Die Welt", Manfred R. Beer, nicht auf das Studium der sozialistischen Errungenschaften des Volkes der CSSR gerichtet, sondern die tendenziösen Berichte dieser und anderer westdeutscher Pressevertreter machten eindeutig für die Konterrevolution Stimmung. Neumann berichtete z. B.: "Wo der Kapitalismus überwunden ist... muß die Kommunistische Partei von ihrem ideologischen Monopol Abschied nehmen; sie muß sich im geistigen Bereich der Konkurrenz ausliefern". Diese freie Konkurrenz soll so aussehen, daß die KPC damit rechnen müsse, "mindestens 10 Jahre lang keinen Vertreter mehr in der Regierung zu haben."

Auch nach dem 21. 8. 68 waren Berichterstatter für westdeutsche und Westberliner Publikationsorgane in der CSSR tätig. Folgende Korrespondenten wurden beauftragt, im Stile ehemaliger Frontberichterstatter die Ereignisse in der CSSR zu schildern:

- Am Ende, Christian	"Die Welt"
- Betzler, Hannes	"Neue Revue"
- Birnbaum, Immanuel	"Süddeutsche Zeitung"
- Clemens, Helmut	"ARD"
- Conta, Manfred von	"Süddeutsche Zeitung"
- Dombrowski, Hans-Dieter	"Quick"
- Goess, Franz	"Neue Revue"
- Hahlweg, Marcel	"Der Tagesspiegel"
- Hoffmann, Heinz	"SFB"
- Klein, Hans	"Neue Revue"
- Konrad, Jürgen	"Bild Zeitung"
- Krag, Rolf	"SFB"
- Krasser, Wilhelm	"DPA"
- Rathert, Hans-Michael	+Frankfurter Rundschau"
- Rüstal	Springer, Auslandsdienst
- Schmidt, Peter	"Neue Rheinzeitung"
- Schmidt-Häuer, Christian	"Der Tagesspiegel" und "Der Spiegel"
- Schewe, Heinz	"Die Welt"
- Weinert, Wolfgang	"ZDF"

"Ein großes Lob für die umfassende Berichterstattung" zur Unterstützung der konterrevolutionären Umtriebe in der CSSR spendet der CDU-Bundestagsabgeordnete Müller-Hermann im offiziellen Pressedienst seiner Partei den Prager Korrespondenten der westdeutschen Presse, des Rundfunks und des Fernsehens. Bei ihren Berichten über die Tätigkeit der antisozialistischen Kräfte hätten sich die "redaktionellen als auch die technischen Stäbe" der westdeutschen Propagandaorgane "selbst übertroffen". Müller-Hermann gab offen zu verstehen, daß sich die westdeutschen Korrespondenten durch ihre Berichterstattung offen in die inneren Angelegenheiten der CSSR eingemischt hätten. Dabei müsse vor allem die "journalistische Zusammenarbeit, ja, Kameradschaft gewürdigt werden", mit denen "speziell tschechoslowakische Journalisten" die Bonner Korrespondenten mit Informationen versorgt hätten.

Diese Journalisteninvasion wurde auch als geeigneter Deckmantel für andere Aktivitäten als nur zu tendenziöser Berichterstattung ausgenutzt. Schon am 16. Dezember 1967 mußte aus solchen Gründen der in Prag als Korrespondent der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" akkreditierte Graf Andreas Razumovsky, wohnhaft in Lich/Oberhessen, Giesener Str. 8, aus der CSSR ausgewiesen werden. Seit Beginn seiner Tätigkeit in Prag hatte er scharf antikommunistische Aktivitäten gezeigt, beschrieb tendenziös die Ereignisse in der CSSR und äußerte sich beleidigend über die Völker und die politischen Funktionäre des Landes. Nach Ankunft in der CSSR hatte er zahlreiche Verbindungen zu Personen aus kulturellen Kreisen aufgenommen, wobei er sich auf Vertreter mit reaktionärer Einstellung orientierte. Er versuchte, die von ihm erlangten Angaben über das Leben in der CSSR, über diplomatische Verhandlungen u. a. zu entstellen und bemühte sich, politisch spektakuläre Nachrichten über "Studentenaufbruch" in Prag zu organisieren.

Unter dem Deckmantel journalistischer Tätigkeit versuchte Razumovsky, Studenten zu einem reaktionären Umsturz in der CSSR zu animieren, interessierte sich für militärische Objekte in Westböhmen und unternahm dorthin einige Reisen unter Decknamen. Auch nach seiner Ausweisung gilt Razumovsky weiter als "Tschechoslowakei-Spezialist" und veröffentlicht im Auftrage des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" fast täglich Namen von tschechoslowakischen Politikern, die er als "konservativ" bezeichnet und deren Absetzung er unverhohlen verlangt. In jüngster Zeit hat er sich besonders auf Persönlichkeiten der slowakischen Führung konzentriert. In einem anderen Artikel charakterisierte er bestimmte Erscheinungen in der CSSR als "ersten Anfang eines Weges, der notwendig zu einer Umorientierung 'weg von Moskau' führen müsse."

Unter Bezugnahme auf das "Manifest der 2 000 Worte" behauptet er, es sei "nur allzu evident, daß man in der CSSR heute schon sehr viel weiter sei als je zuvor in Ungarn oder Polen". Damit zieht er eine direkte Parallele zu dem weißen Terror 1956 in Ungarn.

Als sehr wesentlich werden von den westdeutschen ideologischen Wegbereitern der Konterrevolution direkte Kontakte mit Bürgern der CSSR angesehen, wobei man sich auf solche Personen orientiert die den gegenwärtigen Entwicklungsprozeß als prokapitalistische Entwicklung sehen möchten.

Der deutsche Delegierte Hans, A. Kluthe von der "Werra-Rundschau" aus Eschwege erklärte auf der Eröffnungssitzung der 17. Jahresvollversammlung des internationalen Presse-Instituts in Nairobi, daß eine Gruppe westdeutscher Journalisten in der Tschechoslowakei mit CSSR-Journalisten über eine mögliche gemeinsame Konferenz Kontakt aufgenommen hätte. Wenn eine solche Konferenz zustandekäme, werde es zwei Hauptdiskussionsthemen geben: Inwieweit über jedes Land im anderen Land objektiv berichtet werde und inwieweit ein Übereinkommen über Fragen der Terminologie (z. B. solche Begriffe wie Demokratie) getroffen werden könne.

Welchem Ziel solche von westdeutscher Seite organisierten Gemeindankheiten dienen, wird klar, wenn man die Äußerungen hört, die der außenpolitische Redakteur der Zeitung des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, Prazak, Anfang Juli 1968 während eines Aufenthaltes in Westdeutschland seinen zufriedenen westdeutschen Kollegen gegenüber machte. So bezeichnete er die Sowjetunion als den "feindlichen Alliierten" der CSSR und die SED-Führung als "kommunistische Faschisten".

Äußerst zufrieden ist man in Kieler Journalistengruppen über den Erfolg der "Betreuung" von Journalisten aus der CSSR und Rumänien während der "Kieler Woche". Dieser Kollegen hatte man sich besonders zuvorkommend angenommen, um zu ihnen dauerhafte Kontakte unter dem Motto: "Wir sind ja gar nicht so, wie eure Genossen in Pankow behaupten" zu knüpfen.

Experten auf diesem Gebiet waren insbesondere die Redakteure Wolfgang Fehner der sozialdemokratischen "Volkszeitung" und Klaus Reinhard vom CDU-Blatt "Kieler Nachrichten".

Derartige Kontakte, die in der Praxis in weitaus größerem als dem hier skizzierten Umfange bestehen, kommen den westdeutschen Journalisten bei ihrer Absicht entgegen, fremde Hände und Zungen auszunutzen.

So war z. B. die Berichterstattung des westdeutschen Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" über den sogenannten Klub engagierter Parteiloser, der sich Mitte April dieses Jahres ohne behördliche Genehmigung in der CSSR konstituiert hatte, sehr intensiv und endete mit dem Vorschlag: "... eine neue Partei..., nicht heute, aber vielleicht morgen oder übermorgen neben der KP..."

Die Kontaktbestrebungen werden auch sehr deutlich bei Vertretern der Massenmedien Rundfunk und Fernsehen. Wie die westdeutsche Zeitung "Frankfurter Allgemeine" am 22. Juli 1968 erklärte, habe sich im Hinblick auf die Tschechoslowakei besonders die "Deutsche Welle" mit ihrer relativ reichlichen Sendezeit - dreimal mehr als der Deutschlandfunk"-im vergangenen Jahr um Breitenwirkung bemüht. In technischer Hinsicht habe sich Auf- und Ausbau der westdeutschen Sendemöglichkeiten nach Ost-Mitteleuropa planmäßig vollzogen.

Mit der Forderung nach einer weiteren Verbesserung der westdeutschen Funkausstrahlung durch Frequenzabsprachen der Rundfunkanstalten der Bundesrepublik wird eine noch stärkere Forcierung der Hetzsendungen gegen die sozialistischen Länder angestrebt, wobei beide Sender im Hinblick auf die CSSR die gleiche Rolle übernommen haben, die bei den Ereignissen in Ungarn 1956 der Sender "Freies Europa" spielte. Intendant des "Deutschlandfunks" ist Franz Thedieck, ehemaliger Bonner Staatssekretär und Generalreferent beim Chef der Nazi-Militärverwaltung im okkupierten Belgien.

"Niemand ist zur Zeit besser über die Vorgänge in der Tschechoslowakei informiert als die Männer des Abhördienstes der Deutschen Welle in Köln." Mit diesen Worten bestätigte die Mainzer "Allgemeine Zeitung" die systematische Ausnutzung des Rundfunks und des Funkverkehrs in Westdeutschland zur Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte in der CSSR. "Die tschechischen Stationen sind ständig auf Sendung."

Deutsche Welle und Deutschlandfunk, die beiden Propagandasender der Bonner Regierung, spielen eine Hauptrolle in der "Funkbrücke" zwischen den Konterrevolutionären und ihren westdeutschen Drahtziehern. Besonders Sendungen in Tschechisch und Slowakisch sind in den letzten Wochen, vor und nach dem 21. August 1968 laufend verstärkt worden.

Funkstationen von Spezialgruppen des Bundesnachrichtendienstes, der Bundeswehr und tschechoslowakischer Emigrantenorganisationen, die in unmittelbarer Nähe der Grenze zur CSSR stationiert sind, haben ihre Zusammenarbeit mit konterrevolutionären Elementen in der CSSR ausgebaut. Sie übernehmen für den "Deutschlandfunk", die "Deutsche Welle", und den RIAS die Erklärungen und Aufrufe konterrevolutionärer CSSR-Sender. Die Hetzsendungen werden dann von den starken westdeutschen bzw. Westberliner Sendern als Anleitung für Provokationen gegen die in der CSSR befindlichen Streitkräfte der verbündeten sozialistischen Länder zurückgesendet.

Die Westberliner Springer-Zeitung "Morgenpost" schildert am 25. August 1968, dass an der Grenze zur CSSR "Arbeitsgemeinschaften" von Funkern gebildet worden sind, die "im Schichtwechsel" tätig seien. Ein Mitarbeiter dieser "Arbeitsgemeinschaft" erklärte laut "Morgenpost":
"Sobald wir den ersten Ton hören, geben wir über unseren Kurzwellensender alle Nachrichten weiter."

Rundfunk und Fernsehen der Bundesrepublik sind wie die Presseorgane bemüht, für ihre Sendungen tschechische Gesprächspartner zu haben, die die Beschlüsse des Januar-Plenums des ZK der KPC als "Reform des Sozialismus", "richtige Bewegungs- und Pressefreiheit, Abrechnung mit den Stalinisten, Entmachtung der Sicherheitspolizei, Rehabilitierung unschuldig Verfolgter" u. a. verstehen, wie es der schon genannte Razumovsky am 24. Juli 1968 in der "Frankfurter Allgemeinen" bezeichnete.

Solche und ähnliche Darstellungen der Ereignisse in der CSSR werden durch westdeutsche Presseorgane aber auch noch offensichtlicher und brutaler verfälscht.

Am 20. Juli 1968 brachte die "Frankfurter Rundschau" unter der Überschrift "Westdeutsche Kommunisten billigen den Prager Kurs" einen Artikel, in dem Telefoninterviews mit früheren Funktionären der KPD in Westdeutschland über die Entwicklung in der CSSR bewusst falsch zitiert wurden. Die Zeitung wurde gezwungen, eine Berichtigung zu veröffentlichen.

Der Bonner Pressechef Diehl, früherer Referent der "Rundfunkpolitischen Abteilung" des faschistischen Auswärtigen Amtes, erklärte im Mai dieses Jahres, dass die Staaten des Warschauer Vertrages beabsichtigen, mit zehntausend bis zwölftausend Mann in der CSSR zu intervenieren. Diehl berief sich dabei auf eine angebliche Äusserung des Außenministers Brandt.

Diese Meldung war eine reine Provokation und verfolgte zweifellos das Ziel, die Beziehungen der CSSR und seinen sozialistischen Freunden zu belasten. Selbst die Westberliner Zeitung "Der Tagesspiegel" musste bestätigen, dass die Bundesregierung mit solchen Zweckfälschungen ausschliesslich politische Zwecke verfolge. Aus amtlichen britischen Kreisen in London war dazu verlautet, dass die britische Regierung von dieser deutschen Erklärung vollkommen überrascht worden sei. Wenn man in Bonn einwandfreie Beweise für einen geplanten Truppenaufmarsch in der CSSR habe, sei es normalerweise üblich, dass solche Informationen zuerst an die übrigen NATO-Partner weitergegeben würden. Die in jüngster Zeit von der westdeutschen Nachrichtenagentur DPA gelieferten Meldungen über sowjetische Truppenstationierungen in der CSSR wurden deshalb vom Bonner Auswärtigen Amt sehr begrüsst und als ausserordentlich wirkungsvoll für die Forcierung der weiteren Entwicklung in der CSSR gewertet.

Der "Demokratisierungsprozess in der CSSR" geht für die westdeutschen Massenmedien - wieder unter Ausnutzung fremder Zungen - bis zur offenen Propagierung der bekannten Landmannschaftsforderung "Rückkehr der Heimatvertriebenen in die Ostgebiete des ehemaligen deutschen Reiches in den Grenzen von 1937". Man stärkt die schon jahrelang künstlich genährten "Heimathoffnungen" im Zweiten Deutschen Fernsehen mit der spekulativen Erklärung des Redakteurs Jiricek der Gewerkschaftszeitung "Prace" der CSSR, dass die tschechoslowakischen Behörden vorerst 150 000 und später sicher nochmals bis zu 200 000 sogenannten Vertriebenen die Rückkehr in die CSSR ermöglichen werde.

Wie weit die gezielte Einflussnahme der journalistischen Institutionen Westdeutschlands und ihrer Hintermänner geht und welche Ziele verfolgt werden, zeigt auch die folgende Tatsache: Seit langem pflegen sich im westdeutschen Fernsehen sogenannte Ostspezialisten, revanchistische Politiker

und berufsmässige Antikommunisten zu treffen. Sie bezeichnen sich als "Kreml-Runde". Das Ziel ihrer Gespräche besteht darin, antikommunistische Vorstellungen an Hörer in Westdeutschland heranzutragen, gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in den sozialistischen Ländern zu wühlen und tatkräftig zur Aggressionsvorbereitung beizutragen. Ausgerechnet diese "Runde" führte ihre letzte Fernsehsitzung in Prag durch, wobei auch zwei tschechische Wissenschaftler, Prof. Dr. Snejdarek (Leiter des Prager Instituts für internationale Politik), und Prof. Filipec, öffentlich im prowestlichen Sinne auftraten. Es war eindeutig, dass die Fragen, die von den westdeutschen Gesprächsteilnehmern an sie gestellt wurden, hartnäckig auf die politischen Kernprobleme, auf die Probleme Macht und führende Rolle der KPC im Staate hinzielten. Im Gespräch wurde von Snejdarek dann auch klar geäußert, dass die KPC bereit sein muss, das Risiko des Machtverlustes einzugehen.

Aber gerade um die Machtfrage in der CSSR geht es den imperialistischen Kreisen, auch wenn Bundeskanzler Kiesinger am 05. Juli 1968 offiziell erklärte: "Angesichts der schwierigen Situation, in der sich die tschechische Regierung zur Zeit befindet, werden wir uns nicht tölpelhaft benehmen."

Diese "regierungsamtliche Zurückhaltung" ist aber nur das offizielle Aushängeschild, hinter dem sich direkte Einmischung sowie Anleitung zu konterrevolutionären Prozessen vollziehen.

Als Anleitung muss man auch den Leitartikel der Zeitung "Die Welt" vom 26. März 1968 verstehen:

"Das mitteleuropäische Herz schlägt wieder in der Brust verantwortlicher Tschechen. Ihre Zungen sind gelöst. Was folgt aus dem Prager Frühling für uns, für unsere Aussenpolitik?... Im Lichte der Evolution, von der wir noch nicht wissen, ob sie auch auf andere Länder übergreifen wird, sollte die jetzige deutsche Aussenpolitik stetig, initiativreich und ohne Paukenschläge fortgesetzt werden. Die politische Landkarte ist damit schon verändert."

II. Zur Preisgabe sozialistischer Positionen durch die Führung der KPC, die Regierung der CSSR und andere staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen

1. Duldung und Unterstützung konterrevolutionärer Bestrebungen vor dem 21. August 1968

1.1. Angriffe auf die Gemeinschaft der sozialistischen Länder, insbesondere auf die Sowjetunion

Entgegen einer Reihe von Deklarationen und Beteuerungen der Parteiführung der KPC zur Treue zum Sozialismus, der brüderlichen Beziehungen zur Sowjetunion und den Bündnisverpflichtungen zu den anderen Staaten des Warschauer Vertrages wurden die Aktivitäten der konterrevolutionären und antisozialistischen Kräfte, die eindeutig gegen die sozialistischen Grundlagen in der CSSR und das Bündnis mit den anderen sozialistischen Ländern gerichtet waren, geduldet und von führenden Funktionären der KPC unterstützt. Die Partei nahm zu den vielseitigen Angriffen, die in offener und getarnter Form geführt wurden, nicht entschiedene Stellung; begegnete diesen weder mit offensiven Argumenten, noch mit wirksamen Massnahmen. Es wurde zugelassen und geduldet, dass die konterrevolutionären Kräfte in der CSSR Hetze gegen die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages betrieben und das Bündnis der Staaten des Warschauer Vertrages diskreditieren.

Von konterrevolutionären Kräften wurde die Losung von der Einheit von Partei und Volk mit offensichtlich der Absicht verbreitet, eine Einheit von Partei und Volk gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder zu erreichen. Die Führung der KPC übernahm diese Losung, obwohl es ihr klar sein musste, dass sich hinter ihr unter den in der CSSR existierenden Bedingungen antisozialistische und vor allem antisowjetische Tendenzen verbergen.

- 98 -

Die Duldung der konterrevolutionären, antisowjetischen Verlautbarungen in Presseorganen und in Stellungnahmen einflussreicher Personen kam in der Folgezeit noch deutlicher zum Ausdruck.

- Anlässlich der Stabsübungen der Streitkräfte des Warschauer Vertrages wurde in der CSSR eine Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, Polen und die DDR entfacht. Der Sowjetunion wurde vorgeworfen, sie wolle die Anwesenheit ihrer Übungstruppen als Druckmittel zur Beeinflussung der künftigen Entwicklung in der CSSR missbrauchen. Selbst führende tschechoslowakische Politiker und Militärs schalteten sich in die Kampagne ein, indem sie gezielte Informationen über den Ablauf und die Beendigung der Stabsübungen gaben.

Dazu berichtet AP am 10. 7. 68:

Der tschechoslowakische Verteidigungsminister Dzur hat am Dienstag zu erkennen gegeben, dass die Regierung die verlängerte Anwesenheit der Truppen, die an den am 30. Juni auf dem Territorium der CSSR beendeten Manövern des Warschauer Paktes teilgenommen hatten, als unbehaglich empfindet. In einem Interview wies Dzur darauf hin, dass bis jetzt nur 35 % der ausländischen Truppen das Land verlassen hätten. Dzur sagte, die Regierung stehe in Verhandlungen mit Vertretern des Kommandos der Verbündeten mit dem Ziel, den Abmarsch der restlichen Einheiten zu beschleunigen. Dem Vermehren nach handelt es sich überwiegend um sowjetische Truppen. "Wir glauben, dass die Verbündeten uns verstehen", die ausländischen Truppen sollten ohne Verzögerung das Land verlassen.

- Von antisozialistischen Kräften wurde eine Hetzkampagne gegen die Sowjetunion und ihre Sicherheitsorgane inszeniert. Es wurden Gerüchte über angeblich mysteriöse Umstände des Todes des ehem. tschechoslowakischen Aussenministers Jan Masaryk in Umlauf gebracht und zur Hetze gegen die Sowjetunion ausgenutzt.

- 99 -

In Prag wurde von führenden Wirtschaftspolitikern erklärt und kritisiert,

"dass es der Sowjetunion für Erdöl und andere Rohstoffe überhöhte Preise zahlen muss. Ausserdem müsse die Tschechoslowakei Maschinen und Ausrüstungen übernehmen, die unter dem technischen Niveau des Inlands ständen, natürlich noch mehr unter dem westlichen Niveau. So ist die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Während die Tschechoslowakei den anderen Ländern wirtschaftlich, technisch und organisatorisch weit voraus sei, müsse sie sich, so heisst es in Prag, den weniger entwickelten Ländern und vor allem der Sowjetunion anpassen. Sie könne nicht ihre Fähigkeiten und Kräfte nützen, sondern müsse sich der Planung im RGW unterordnen." (Frankf. Allgemeine, 1.8.68)

In einem Artikel des Zentralorgans der KP der Slowakei, "Pravda", über die Beziehungen zu den sozialistischen Brudern, heisst es:

Trotz des eindeutigen Vertrauens der ganzen tschechoslowakischen Bevölkerung zu der gegenwärtigen Führung der KPC müssen wir selbst ständig die Zuverlässigkeit der Garantien überprüfen, die unsere Freunde noch als unzureichend ansehen: nämlich die Garantien dafür, dass wir in der Lage sind, den Sozialismus - vor allem innerhalb unseres Landes - mit eigener Kraft und neuen Methoden, die edler und demokratischer sind, als irgendwo oder irgendwann zuvor im Sozialismus, zu verteidigen.

(Pravda, 31. 7. 68)

"Rude Pravo" bringt am 27. 03. 1968 unter der Überschrift "Am Rande dieser Tage" einen Artikel von Ota Sik, stellv. Regierungsvorsitzender, in dem noch einmal die Gründe des Erneuerungsprozesses und die gegenwärtige Entwicklung dargelegt sowie die alte Parteiführung der Schuld an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere angeklagt wird. Wörtlich heisst es:

Ich befürchte, dass die Grundaspekte der Tschechoslowakei dieser Tage von unseren Freunden nicht verstanden würden, sonst könnten sie die gegenwärtige Krise nicht auf den Erneuerungsprozess zurückzuführen.

- 100 -

erungsprozess zurückführen. Wir begreifen, dass die Tschechoslowakei für die Sowjetunion aus vielen Gründen ihren Wert hat. Als Materialisten müssen wir feststellen, dass unser Land eine strategische Schlüsselposition auf dem europäischen Kontinent darstellt. Das wissen wir ebenso gut, wie unsere befreundeten Länder und deshalb verstehen wir auch, dass unsere Freunde an der Festigkeit dieser Position immenses Interesse haben. Aber andererseits wären wir froh, wenn diese Länder begriffen.

In einem Artikel im Zentralorgan der KP der Slowakei "Pravda" vom 27. Juli 1968 schrieb Edo Fris über die Erklärung des ZK der SED zum Beschluss des Präsidiums der KPG zum Warschauer Brief:

Unsere Analyse müsste in der Schlussfolgerung münden, dass der starre, wenn wir nicht sagen wollen dogmatische Kurs der Führung in der DDR unfähig ist, die Massen von Anhängern im gesamtdeutschen Maßstab für den Gedanken des Sozialismus zu gewinnen und spielt so den reaktionären und revanchistischen Kreisen der BRD in die Hände, wodurch ein Herd der imperialistischen Infiltrierung in Mitteleuropa entsteht. Und stellen wir uns vor, dass solch eine Analyse zur Grundlage des offiziellen Standpunktes gemacht würde und dass wir aus dieser Position heraus versuchen würden, Berlin eine andere Richtung und andere Methoden der sozialistischen Politik zu diktieren. Mit Recht würden sie über die Überheblichkeit der Tschechen und Slowaken verwundert sein.

Ich möchte nicht vereinfacht, nur auf das Beispiel der DDR-Führung beschränkt, die Ursachen der Krise interpretieren, die der Brief der fünf hervorgerufen hat. Aber das militante und besonders intolerante Vorgehen Berlins illustriert am klarsten und am warnendsten die politische Absurdität und Kurzsichtigkeit des psychologischen Krieges gegen die sozialistische Tschechoslowakei.

Zu den Veröffentlichungen des "ND" über die Entwicklung in der CSSR schrieb "Hude Pravo" am 31. 7. 68:

Die Presse der DDR und Bulgariens übernahm jetzt das Primat bei den antitschechoslowakischen Angriffen. Das Organ der SED "Neues Deutschland" verliert jegliches Maß und Seriosität, wenn es die

- 101 -

mächtige, spontane Unterstützung des gesamten Volkes für das Präsidium des ZK der KPC, die sich in den letzten Tagen entwickelt hat, 'als taktisches Manöver der Prager Konterrevolutionäre' bezeichnet.

Die Prager Zeitung "Lidova Demokratie" beschuldigte am 11. Mai 1968 die Presse des demokratischen Berlins, "sie tue wenig, was freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden westlichsten sozialistischen Staaten dient".

Weiterhin fragte die Zeitung:

Ist der Fortschritt der Demokratie ein so schmerzhafter Dorn im Auge unserer ostdeutschen Nachbarn, dass sie jede Gelegenheit ergreifen wollen, um den tschechoslowakischen Regenerierungsprozess vor der allgemeinen Öffentlichkeit zu diskreditieren?

Die deutschsprachige Prager "Volkszeitung" brachte am 26./27. Juli 68 eine fast ganzseitige Übersicht des internationalen Echos mit eigenen Kommentierungen. Sie schreibt u. a.:

Noch schlimmer war die Reaktion auf den Briefwechsel in Berlin. Dort hat man die Antwort unseres ZK auch nicht veröffentlicht und nur den Artikel der "Pravda" übernommen. Gleichzeitig drückte das ND Leserbriefe, in denen der Warschauer Brief unterstützt wird. Was soll man von solchen Leserbriefen halten, wenn ihre Autoren keine Gelegenheit haben, sich richtig über unsere Verhältnisse zu informieren? Wenn man die "Volkszeitung" verbietet, den Rundfunk stört, ja nicht einmal die offizielle Antwort unseres höchsten Parteiorgans publiziert? Es ist uns wirklich ein ernstes Anliegen, mit der DDR wieder zu einem ungestörten Verhältnis zu kommen, aber wie sollen wir mit Freunden, Lesern oder Hörern ins Gespräch kommen, wenn man ihnen die wichtigsten Informationen vorenthält?

In einem Artikel der "Rude Pravo" vom 14. 6. 68 nahmen Prof. Dr. A. Snejdarek (Leiter des Prager Instituts für internationale Politik und Wirtschaft) und Dr. J. Filipec Stellung zu dem am 12. Mai im ND veröffentlichten Artikel "Prof. Snejdarek und die Europa-Konzeption von Franz Josef Strauß":

- 102 -

Der Artikel überraschte uns aus zwei Gründen: Einmal, weil er in einem Ton geschrieben ist, mit dem man die verstocktesten Feinde des Sozialismus angreift und andererseits deshalb, weil er in seinem gesamten Inhalt und in seiner Interpretation unserer Äusserung überhaupt nicht der Wirklichkeit entspricht, wie sie sich abgespielt hat und schon gar nicht den Zielen, die wir bei diesem Interview hatten. Das ist gerade das traurigste daran, denn niemand von uns ist und war ein Feind der DDR oder des Sozialismus oder sogar der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, deren Mitglieder wir beide sind, im Gegenteil.

Sebastian Haffner schrieb im "Stern" vom 4. 8. 68:

Man erinnere sich: auch die wiederhergestellte Tschechoslowakei Benesch's hatte nach 1945 von Anfang an die engste aussenpolitische Anlehnung an die Sowjetunion gesucht, und zwar aufrichtig. Ihre Sicherheitsinteressen lagen klar auf der Seite Moskaus. Aber ihre innenpolitischen Lebensgewohnheiten blieben westlich-demokratisch, auch wenn die Kommunistische Partei aus freien Wahlen als stärkste Partei hervorging und in der Regierung die führende Rolle spielte. Seitdem sind 20 Jahre vergangen - und plötzlich steht die Kommunistische Tschechoslowakei unter Dubcek wieder ziemlich genau da, wo die bürgerlich-demokratische damals unter Benesch stand: aussen- und militärpolitisch loyal mit Russland verbündet (und aus gutem Grund), aber innenpolitisch von einer westlichen Demokratie kaum zu unterscheiden, auch wenn die Kommunistische Partei regiert, und auch wirtschaftspolitisch - worüber weniger offen gesprochen wird, was aber als krisenauslösendes Moment wohl noch wichtiger ist - wieder sehnsuchtsvoll nach Westen blickend.

Im Verlaufe des Treffens in Cierna ^{nach Tisou} und Tisou zeigte sich eine Differenzierung der Kräfte im Präsidium des ZK der KPC. Während eine Minderheit der Mitglieder des Präsidiums unter Leitung von Alexander Dubcek mit unverhohlenen rechten opportunistischen Positionen auftrat, vertrat die Mehrheit die prinzipielle Linie. Sie erklärte, ein entschlossener Kampf gegen die reaktionären antisozialistischen Kräfte, gegen die Reaktion sei notwendig.

- 103 -

Nach den Beratungen in Cierna ~~und Tison~~^{nach Tison} und Bratislava stand vor der Partei- und Staatsführung der CSSR die Aufgabe, die dem Sozialismus feindlichen Kräfte in der CSSR zurückzudrängen und ihnen die gebührende Niederlage zu bereiten. Die Delegation der KPC hatte mit den Vertretern der Bruderparteien feste Vereinbarungen getroffen, um gemäss den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus und im Sinne der gemeinsamen Erklärung wirkungsvoll den Schutz der sozialistischen Errungenschaften des tschechischen und slowakischen Volkes zu gewährleisten. Im Gegensatz dazu liessen Presseveröffentlichungen und Stellungnahmen verschiedener Politiker in der CSSR erkennen, dass die gemeinsam unterzeichnete Erklärung von Bratislava nicht verwirklicht werden sollte. Die konterrevolutionären Kräfte verbreiteten weiter ihre Parolen und verstärkten ihre Aktionen, ohne dass ihnen Einhalt geboten wurde. Die schon vor Bratislava inszenierte Hetze gegen die Sowjetunion wurde fortgeführt. Die Erfüllung der in Cierna und Tison und Bratislava getroffenen Vereinbarungen über die Verteidigung der Positionen des Sozialismus in der Tschechoslowakei, über die Bekämpfung der antisozialistischen Kräfte und die Abwehr der Machenschaften des Imperialismus wurde von den rechten revisionistischen Elementen in der Führung der KPC und in der Regierung der CSSR hintertrieben.

Die "Süddeutsche Zeitung" vom 05. 08. 1968 berichtet:

"Dubcek steht mit seinen Parteifreunden vor der Doppelaufgabe, durch wohl dosierte Zugeständnisse an Moskau und seine Mitverschworenen den notwendigen Spielraum für innere Entwicklung zu schaffen und gleichzeitig, möglichst ohne Zensur, jene Kräfte bei ruhiger Gangart zu halten, deren überschäumender Freiheitsdrang neue Vorwände zum Eingreifen liefern könnte."

Die Bevölkerung in der CSSR wird auch nach den beiden Konferenzen systematisch negativ durch Presse und Rundfunk beein-

- 104 -

flusst, wobei offensichtlich ist, dass auch versucht wird, zwischen die sozialistischen Länder, speziell Sowjetunion und DDR, einen Keil zu treiben.

Dazu die "Bild-Zeitung" vom 05. 08. 1968:

"Die Unruhe in der Tschechoslowakei hält an: Weite Kreise der Bevölkerung sind unzufrieden mit den Ergebnissen der "roten Gipfelkonferenz" von Bratislava (Pressburg). Die Strassen von Prag hallen seit Samstag von Sprechchören wider: "Wir wollen nicht verraten werden!"

Als bemerkenswert wird verzeichnet, dass die sowjetischen Führer den Prager Reformkurs gegen die heftige Kritik aus der DDR und Polen verteidigen würden.

In der "Bild-Zeitung" vom 04. 08. 1968 wird zur Prager Situation geschrieben:

"Der Sozialismus muss endlich den Schritt ins 20. Jahrhundert tun, wenn er bestehen will: Den Schritt zur menschlichen Freiheit. Ob es schon Sowjetführer gibt, die das begreifen? Niemand kann das heute mit Sicherheit sagen. Vielleicht waren die Konferenzen von Cierna und Bratislava nur ein Trick. Vielleicht aber sind sie eine Wende in der europäischen Geschichte."

Entgegen den Vereinbarungen mit den Bruderparteien in Bratislava wurden alle Anstrengungen unternommen, den Kurs vom Januar-Plenum unverändert fortzusetzen. Dabei versicherten sich die tschechischen Führer nicht nur der Unterstützung der einflussreichsten kommunistischen Parteien Westeuropas, sondern auch der Solidarität der jugoslawischen und rumänischen Führer.

Die "Süddeutsche Zeitung" vom 07. 08. 1968 macht das Eingeständnis,

"dass das Dokument von Pressburg nur den Zweck habe, die Gegensätze und Streitigkeiten zu verschleiern, von denen die revisionistischen Parteien gespalten seien. Die Chefs der "revisionistischen Gruppe Dubceks" hätten ihre Entschlossenheit unterstrichen, "ihren anti-marxistischen Kurs" fortzusetzen."

Abteilung Agitation

Berlin, 24. August 1968

1. Stellvertreter des Ministers
Gen. Generalleutnant Beater

im Hause

Unterstützung der Agitationsmaßnahmen des ZK

Bei mehreren Rücksprachen, die in den letzten Tagen mit Gen. Dr. Hübner vom ZK - Arbeitsgruppe Militärpolitik - erfolgten, wurden mehrere Problemkreise genannt, zu denen er Informationen, Hinweise, Fakten und Unterlagen zur Entlarvung der imperialistischen Aktivität gegen die CSSR haben möchte:

1. Beweismaterial für die These: Die Bonner politische Intervention gegen die CSSR ist die Vorbereitung der militärischen Intervention.
2. Militärische Aktivität der Bundeswehr an der Grenze zur CSSR seit Anfang 1968 bis heute.
Manövrierübungen "Schwarzer Löwe" bis "Fallex 68".
3. Subversive Tätigkeit der imperialistischen Geheimdienste, insbesondere die Rolle von Geheimsendern und aktiveren Störmanövern im Äther zur Desinformation und Unterbindung wahrheitsgemäßer Informationen.
4. Besuchs- und Touristenreisen Westdeutscher Parlamentarier, Militärs, Journalisten in die CSSR seit Anfang 1968.
- Ihre Aktivität und Kontakte in der CSSR.
5. Aktivierung neonazistischer, revanchistischer und militärischer Kreise in Westdeutschland und Westberlin.
6. Aktivierung und Funktion der Bonner Rundfunksender, wie "Deutsche Welle", "Deutschlandfunk" u. a.

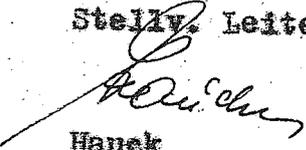
In diesem Zusammenhang wurden der Agitationskommission des ZK bereits Presseinformationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Komplexen übergeben, die z. T. schon in der Presse, Funk und Fernsehen der DDR veröffentlicht wurden:

- Aktivität der neonazistischen und revanchistischen Kräfte in Westdeutschland.
(Verwendung von Naziplomben an Bundesbahngeräten; Westberliner Revanchistenorganisation "Bund der Wiedervereinigung" startet Anti-CSSR-Aktion)

- Aktivität des amerikanischen und westdeutschen Geheimdienstes zur Unterstützung der Konterrevolutionären Kräfte (BND und CIC organisieren Anlaufstellen für Agenten und Emigranten an der CSSR-Grenze; Organisation von konterrevolutionären bewaffneten Gruppen durch 7. US-Armee; Vorbereitung der Bundeswehr für verdeckte Kriegführung gegen die CSSR; Schlüsselrolle des USA-Hetzsenders "Radio Freies Europa" bei der Schürung der Konterrevolution; Funktion und Aktivität der Bomber Sender "Deutsche Welle"; Verlegung der CIA-Dienststelle Oberursel nach München; westdeutsche Bundeswehroffiziere und Politiker aktivieren CSSR-Kontakte).

Gen. Hübner bezog sich bei diesen Absprachen auf den Hinweis durch den Gen. Norden, sich weiter mit uns in Verbindung zu setzen und hat eine Reihe der angeführten Materialien gleichlaufend mit der Presseauswertung an Gen. Norden weitergereicht.

Stellv. Leiter der Abteilung Agitation


Hauck
Oberstleutnant

1. Stellvertreter des Ministers

Berlin, den 23. Aug. 1968
Tgb. Nr.: VB/A/431/68

Operativhinweis über die Aufklärung von Problemen im Zusammenhang mit den Ereignissen und Vorgängen in der CSSR

Dieser Operativhinweis orientiert insbesondere auf solche Aufgaben, wie sie vom Genesenen Minister auf der Dienstkonferenz am 21. 8. 1968 gestellt wurden.

a) Zu politischen Hauptfragen:

- Interne Reaktion der imperialistischen Staaten, insbesondere der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der westdeutschen Bundesrepublik auf den Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in der CSSR. Pläne, Vorstellungen und Maßnahmen zur Veränderung ihrer strategischen und taktischen Konzeption gegenüber dem sozialistischen Lager. Wo sieht der Gegner Ansatzpunkte, welche Argumente, Parolen usw. werden herausgegeben, welche politischen Maßnahmen werden international abgestimmt, um die entstandene Lage gegen die sozialistischen Länder auszunutzen? Auswirkungen ihrer Aktionen auf die westliche Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Ländern. Pläne, Maßnahmen, Mittel und Methoden der Forcierung des kalten Krieges.
- Pläne, Vorstellungen und Maßnahmen der westdeutschen Bundesregierung, des Westberliner Senats, der politischen Parteien und Organisationen, die Vorgänge in der CSSR zu einer Veränderung der Haltung in außenpolitischen Fragen zu benutzen (Atomwaffensperrvertrag, Gewaltverzicht, Haltung zur SU,

Ostpolitik, Deutschlandpolitik, Gespräche Schiller - Sölle)

- Außenpolitische Maßnahmen führender politischer Kreise Westdeutschlands, die Beteiligung von Truppen der Nationalen Volksarmee der DDR an der Besetzung der CSSR für Aktivitäten gegen die DDR auszunutzen (Tätigkeit der Handelsvertretungen der DDR im kapitalistischen Ausland, Leipziger Herbstmesse 1968 usw.)
- Pläne, Absichten und Maßnahmen führender politischer Kreise Bonns und westlicher Geheimdienste zur Unterstützung der reaktionären Kräfte in der CSSR (Streikaufrufe, Aufrufe zum passiven Widerstand usw.), zur Beeinflussung der im westlichen Ausland befindlichen CSSR-Bürger, Touristen, Journalisten usw. und zur Organisierung von Fluchten aus der CSSR. Versuche, die in der DDR befindlichen CSSR-Touristen zu Aktionen gegen die DDR zu veranlassen.
- Interne Äußerungen von Einzelpersonlichkeiten zu den Ereignissen in der CSSR. Begründung ihrer Haltung.
- Maßnahmen führender politischer Kreise Westdeutschlands gegen andere kommunistische Parteien. Ausnutzung differenzierter Stellungnahmen anderer kommunistischer Parteien zur Hetze gegen die SU und die anderen Länder des Warschauer Vertrages.
- Einschätzungen und Schlußfolgerungen aus Kreisen des Westberliner Senats zu möglichen Konsequenzen gegenüber der Politik der DDR. Hinweise auf mögliche Differenzen in den Ansichten der führenden Kreise Westberlins über die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit von "Gegenmaßnahmen".
- Interne Reaktion der KP der sozialistischen Länder, insbesondere Rumäniens und Jugoslawiens sowie der nichtsozialistischen Länder auf den Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in der CSSR und auf die in diesem Zusammenhang erforderlichen Maßnahmen. Angaben über mögliche Mobilmachungen,

beispielsweise in Rumänien. Ergebnisse der Plenartagung der KP Jugoslawiens zur Lage in der CSSR. Konkrete Auswirkungen auf die Konferenz der kommunistischen Weltbewegung im November 1968 in Moskau.

- Interne Reaktion führender tschechoslowakischer Kreise auf den Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in der CSSR und auf notwendige Maßnahmen, vor allem der konsequent die marxistisch-leninistische Politik vertretenden Genossen.
- Erwägungen, Pläne und Maßnahmen, insbesondere des Journalistenverbandes, des Schriftstellerverbandes, des Verbandes der Theaterkünstler usw., die sich gegen die Maßnahmen der Truppen des Warschauer Vertrages richten (Streikaufruf, Beschmutzung von Panzern usw.)
- Konkrete Angaben über die Unterstützung antisozialistischer Kräfte in der CSSR durch feindliche Zentren in Westdeutschland und im Ausland, z. B. die Friedrich-Ebert-Stiftung, Studentenverbände, Emigrantenorganisationen usw., durch die Propagierung zentraler Lesungen und die Zusammenarbeit mit außerhalb der CSSR befindlichen tschechischen Konterrevolutionären.
- Einzelheiten über die Mittel und Methoden der Nachrichtenübermittlung und Anleitung der feindlichen Gruppierungen in der CSSR über Funk- und Personenschleusen, Codesysteme usw.
- Konkrete Angaben und Hinweise, zu welchen Personengruppen und Einzelpersonen in der CSSR ein- und zweiseitige Verbindungen durch feindliche Zentren aufrecht erhalten werden.
- Einzelheiten über die Ausnutzung westdeutscher und ausländischer Rundfunkstationen zur Steuerung antisozialistischer Kräfte in der CSSR und über die Tätigkeit sog. Freiheitssender auf westdeutschem und österreichischem Territorium nahe der CSSR-Grenze.

- 4 -

- Hinweise und Angaben über von langer Hand konspirativ vorbereitete Maßnahmen, wie z. B. Anlegen von Waffenlagern, Errichtung von Sendestationen und illegalen Druckereien, Bildung von Terrorgruppen.
- Angaben über feindliche Maßnahmen zur psychologischen Beeinflussung der Bevölkerung in der CSSR, z. B. Aufrufe zu Angekäufen, Verbreitung von Gerüchten und Entwicklung einer Massenhysterie in bestimmten Bevölkerungsteilen.
- Angaben über Pläne und Maßnahmen zur Ausnutzung der tschechischen Armee und der Sicherheitsorgane durch konterrevolutionäre Kräfte.

b) Zu militärischen Hauptfragen

- Einschätzung der politisch-militärischen Lage durch führende NATO- und Bundeswehrinstanzen, insbesondere durch den Ständigen NATO-Rat (Tagungen vom 21.8.1968 und danach), den Lagezentrum beim Internationalen Militärischen Stab in Brüssel, den militärischen Stäben und Kommandos der NATO (NATO-Oberkommando Europa, NATO-Kommando Europa Mitte, Armeegruppe Mitte, Armeegruppe Nord, Ostseekommando usw.) sowie durch den Bundesverteidigungsrat, den Verteidigungsausschuß des Bundestages, das Bundesverteidigungsministerium und die nachgeordneten höheren Stäbe und Kommandobehörden. Ergebnisse der militärischen Lagebesprechungen im Bundesverteidigungsministerium.
- Militärische Reaktion des Gegners auf die Hilfsmaßnahmen der Staaten des Warschauer Vertrages für die CSSR, insbesondere im Kommandobereich der Armeegruppe Mitte (Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz). Konkrete Einzelheiten über die Einleitung von Bereitschafts- und Alarmmaßnahmen durch die NATO- bzw. Bundeswehrführung für die in Westdeutschland stationierten Streitkräfte.

Auslösung von Stufen bzw. Alarmstufen oder Einzelmaßnahmen dieser Stufen des Militärischen bzw. Formalen Alarmsystems der NATO und der Bundeswehr sowie für den Bundesgrenzschutz auf der Grundlage des zivilen Alarmplanes des Bundesinnenministeriums.

In welchen Stäben, Einheiten und Verbänden der NATO-Streitkräfte in Westdeutschland werden Bereitschafts- bzw. Alarmmaßnahmen durchgeführt (Tag, Uhrzeit, Bezeichnung der Truppenteile, Stationierungsorte, Art der Maßnahmen)? Befehle und Weisungen über Ausgangsbeschränkungen, Urlaubssperre, Rückberufung von Offizieren und Spezialisten, Einberufung von Reservisten, Durchführung von Maßnahmen zur Auflockerung der Streitkräfte einschließlich Truppenbewegungen (Lage der Auflockerungsräume, Koordinaten der Gefechtsstände, Marschrichtung und -ziele sowie Umfang bei Truppenbewegungen), sowie zur Herstellung einer erhöhten Kampf- und Gefechtsbereitschaft der Luftangriffs- und Luftverteidigungsverbände.

Maßnahmen der Verbände der Funkaufklärung und der Elektronischen Kampfführung sowie der Spezialeinheiten (10. US-Special Forces Group in Bad Tölz, Fernspähkompanien der Bundeswehr und Spezialeinheiten für Psychologische Kampfführung).

Angaben über eine evtl. Zurückverlegung von Verbänden der USA und Großbritannien im Rahmen des Rotationsystems nach Westdeutschland sowie über evtl. zusätzliche Truppenverstärkungen aus Übersee.

- Auswirkungen der gegenwärtigen Ereignisse auf die Planung und Durchführung von Manövern und Übungen der NATO und der Bundeswehr.

Welche Veränderungen ergeben sich hinsichtlich Ausgangslage, Raum, Zeit, Zielstellung, gedachten Verlauf und teil-

nehmende Kräfte für das Manöver "Schwarzer Löwe" (letzte Planung: 15. - 21. 9. 68, Raum südwestlich Ulm, einschließlich Truppenübungsplätze Münsingen und Heuberg), die NATO-Kommandestabsübung "Fallex 68" und weitere Übungsvorhaben?

Mögliche Veränderungen bei der Durchführung des gegenwärtig stattfindenden Manövers "Deep Farrow" in Nordost-Griechenland.

Konkrete Einzelheiten über die Durchführung von Alarm-, Alarmierungs- und Mob-Übungen der Bundeswehr und der NATO in Westdeutschland.

- Angaben über alle Veränderungen im System der Grenzüberwachung durch den Bundesgrenzschutz, Zollgrenzdienst und die Bayrische Grenzpolizei.

Übergang des Bundesgrenzschutzes zur "polizeilichen" oder "militärischen" Grenzsicherung

Evtl. Ablösung des Bundesgrenzschutzes durch NATO-Streitkräfte im Grenzraum und Rückführung von Einheiten des Bundesgrenzschutzes in rückwärtige Gebiete.

Entfaltung von Deckungskräften der NATO-Streitkräfte im 5-km-Bereich zur Staatsgrenze zur DDR und CSSR.

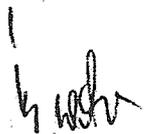
Angaben über verstärktes Auftreten von Panzeraufklärungsfahrzeugen in Grenznähe, über erhöhte Streifenaktivität, Besetzung fester Beobachtungspunkte an der Staatsgrenze, Meldesystem und Inhalt der Aufträge zur Grenzaufklärung.

Entfaltung von Truppen der Funkaufklärung, der Elektronischen Kampfführung und der Psychologischen Kampfführung sowie deren Handlungen im Grenzgebiet.

- Besondere militärische Maßnahmen der Besatzungsmächte in Westberlin sowie der Westberliner Bereitschaftspolizei und der Freiwilligen Polizeireserve.

- Angaben über die Maßnahmen zur Verstärkung der Grenzüberwachung und -sicherung durch das österreichische Bundesheer. Welche Einheiten werden an die Grenzen zur CSSR und Ungarn herangeführt, wie erfolgt der Einsatz, wo befinden sich Unterbringungsräume und Gefechtsstände, welche generellen Aufträge erhalten diese Verbände?

Informationen zu diesen Fragen sind mir unverzüglich zu übersenden.


Generalleutnant

an ZK-Mitl
16. 9. 68

BSTU
0433

XI.3-170 y.

Ausstattung konterrevolutionärer Kräfte der CSSR
mit Sendern der Siemens-AG

Ein Handelsfachmann der Siemens-AG hat jetzt bestätigt,
daß der Konzern Sendeeinrichtungen in der CSSR
installiert hat. Nach eigenen Angaben hat sich dieser
Fachmann in Auftrage der Firma Siemens in den Monaten
Juli/August 1968 in der CSSR aufgehalten, um dort
finanzielle Angelegenheiten zu regeln, die in Zusam-
menhang mit der Installierung von Sendeeinrichtungen
in der CSSR durch den Siemens-Konzern entstanden waren.
Er habe über eine Summe von 2Mill. Westmark verhandelt,
wobei es sich dabei nur um einen Teilbeitrag der Gesamt-
kosten der in die CSSR gelieferten Sander handelte.

Ausstattung konterrevolutionärer Kräfte der CSSR mit Sendern der Siemens AG

Im Gegensatz zu einem Dementi westdeutscher Elektrokonzerne, u. a. der Siemens-AG, hat dieser Konzern nach Angaben eines in Westberlin ansässigen Industriekaufmanns der Firma Siemens Sender in der CSSR installiert. Dieser Industriekaufmann hielt sich von Ende Juli 1968 bis zum 24. 8. 1968 in der CSSR auf, wo er im Auftrage seiner Firma finanzielle Angelegenheiten regelte, die im Zusammenhang mit der Installierung von Sendern in der CSSR entstanden waren. Er hat über eine Summe von 2 Mio DM verhandelt, wobei es sich dabei noch nicht um die Gesamtsumme der in die CSSR gelieferten Sender gehandelt hat.

BSTU
0443 Meldung v. HVH II

1. a 27.8.68 zu
FK-anz für Autoherd
2. Publikation mit
Werk aus, je Werk
Lage.
3. a 27.9.68 Fangeld (Hörsing)

Bundeswehr-Planspiel "Sarajewo" gegen CSSR

Aus dem PSK-Sendebataillon 701-Andernach Kramenberg-Kaserne wurde die Existenz von Materialien eines Planspiels der Bundeswehr unter der Bezeichnung "Sarajewo" bekannt. Grundlage der Ausarbeitung des Planspiels war der Saceur Psywar Plan (Shape/27/60 AC 1470 PANDP vom 31.5. 1960) für die Anwendung der psychologischen Kriegführung (PSK). Die Materialien dafür wurden im Verlaufe der letzten Monate erarbeitet. Ausgangslage des Planspiels ist ein Eingreifen von Bundeswehrtruppen im Falle innenpolitischer Unruhen in der CSSR. Das Planspiel beginnt damit, daß verkleidete Bundeswehrtruppen in tschechoslowakischen Uniformen die Grenze der Bundesrepublik verletzen. Laut Plan soll die Grenze an einer Stelle überschritten werden, die durch den Bundesgrenzschutz schwach bewacht ist. In die sich entfaltende Gegenoffensive von Bundeswehreinheiten schalten sich sofort PSK-Einheiten ein. Ausgehend von der Aufgabenstellung im Planspiel wurden bereits Sendungen und Filme für Fernsehübertragungen gefertigt, die das zu erwartende Kampfgeschehen darstellen.

So liegen bereits Rundfunksendungen vor, die unter imitierten gefechtsmäßigen Bedingungen über die Einnahme tschechischer Städte wie Plzen, Cheb, Sokolov, Strakonice und Pribram berichten. Gleichfalls wurden Reportagen mit der Zivilbevölkerung der okupierten Städte vorbereitet.

Für Fernsehreportagen wurden Szenen gespielt, in denen bei Verwendung von CSSR-Armeeuniformen überlaufende und sich ergebende CSSR-Soldaten bzw. kleinere militärische Einheiten dargestellt werden.

Ein weiterer Bestandteil der vorbereiteten Filmreportagen sind Berichte über angeblich vorhandene tschechische Widerstandsgruppen und ihre Aktionen gegen die örtlichen Organe von Partei und Regierung der CSSR. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß es bei Außenaufnahmen am 25. Juli in Andernach zu einem Unfall kam. Während einer Szene, bei der scharfe Munition ausgegeben wurde, wurde der Exil-Tscheche Josef Halounen durch falsche Handhabung von Sprengmitteln

getötet. Acht weitere Personen wurden verletzt.

Ein weiterer Bestandteil des Bundeswehrplanspieles ist die Stationierung von Geheimsendern im Operationsgebiet noch vor Beginn der Kampfhandlungen.

In den Planspielmaterialien heißt es zu den Zielen der Sendungen von Geheimsendern, daß sie:

- einerseits beunruhigen, andererseits die Aufmerksamkeit unwillkürlich anziehen sollen
- Gemütsbewegungen und Affekte erzeugen und steigern sollen
- die Konzentrationsfähigkeit herabsetzen sollen
- instinktiv-triebhaft Reaktionen auslösen müssen

Die Materialien für das Planspiel wurden Mitte August fertiggestellt. Die Übung selbst sollte in den ersten Septembertagen beginnen.

13.9.68

1 x D/F

BSTU
0446

Blickpunkt
stille Kamera

"Radio Freies Europa"

Der Äther wird in unseren Tagen verseucht. Stündlich quellen Lügen, Hetze und konterrevolutionäre Direktiven in ihn. Sie stammen aus Mikrofonen, die in Europa - sicher nicht zufällig - in der westdeutschen Bundesrepublik konzentriert sind. Dort pflegt man die "Schwarze Propaganda", die mit antisozialistischen Schauer-märchen hausieren geht, und kultiviert die "Graue Propaganda", die mit einem gefährlichen Halbwahrheitengemisch operiert. In den letzten Wochen hatten besonders die Tschechen und Slowaken unter der gebündelten Ätherattacke aus Westdeutschland zu leiden. Nicht wenige in der CSSR sind ideologische Opfer der konterrevolutionären Rundfunkaufrufe geworden.

Dabei liegt seit Jahren die imperialistische Aufgabenstellung für Radiopropaganda innerhalb der Globalstrategie durchschaubar vor. Der CIA-Beamte E. Taylor hat sie publiziert. Er empfahl im Auftrage der Wall Street die "ideologische Offensive" und die "Aufweichung des sozialistischen Blocks" und formulierte: "Unter den Aktionsmitteln dieses und ähnlicher Ziele ist eines der grundlegendsten die Rundfunkpropaganda... Streiks, Arbeit-langsam-Aktionen, Demonstrationen, Sabotage der Verkehrsmittel einschließlich der Schifffahrt und des Flugverkehrs, Organisierung von Ausbrüchen aus... Gefängnissen, die Ermutigung zum Ungehorsam in breitem Ausmaße und andere Formen der Massenaktionen - all das hängt von einer weitreichenden Rundfunkagitation und -instruktion ab!" (in "The Reporter", New York, vom 14. 9. 1961). Als Taylor das schrieb, hetzte beispielsweise das "Radio Free Europe (RFE)" in München täglich 18 Stunden gegen die CSSR; im Juli/August 1968 waren die RFE-Mikrophone der antitschechoslowakischen Sektion täglich 24 Stunden besetzt. Die konterrevolutionäre Konzeption hatte zur konterrevolutionären Aktion in der CSSR geführt.

Durch gemeinsames Vorgehen der verbündeten fünf sozialistischen Staaten wurde die Konterrevolution in der CSSR geschlagen. Reaktiönäre Rundfunkreporter flüchteten zu ihren Einsatzzentralen nach Westdeutschland. Der gehässige Ätherangriff wurde fortgesetzt. Wer aber sind eigentlich die Hintermänner und Akteure solcher Propagandastäbe wie "Radio Free Europe" in München, "Datsche Welle" in Köln und "Deutschlandfunk" in Köln-Marienburg?

Der weißgetünchte Gebäudekomplex in München, Englischer Garten Nr. 1 hat Kasernencharakter. Er ist auch Tag und Nacht besetzt, außerdem durch eine eigene Sicherheitstruppe von der Öffentlichkeit abgeriegelt. Ein kriegsstarke Regiment Kalter Krieger, nämlich 1 300~~X~~ politisch ausgesiebte Mitarbeiter, hat hier seinen Stammsitz. Alle 120 Leitungsposten allerdings sind mit Bürgern der USA besetzt. Die größte Belägschaftsgruppe stellt Westdeutschland mit 700 Mann, während das restliche halbe Tausend Mitarbeiter sich aus professionellen Antkommunisten aus über 30 Nationalitäten zusammensetzt.

Vor dem Hauptgebäude findet man eine unscheinbare schwarze Tafel mit der Aufschrift: "Radio Free Europe" (Radio Freies Europa, abgekürzt RFE) und in noch kleinerer Schrift wird als Eigentümer genannt "Crusade for Freedom - Free Europe Committee Incorporated, New York, Park Avenue 2" (Kreuzzug für Freiheit - Komitee für ein freies Europa). Das mehrsprachige RFE-Sendeprogramm erstreckt sich wöchentlich über 500 Stunden. Mehr als die Hälfte davon ist politischer Hetze und der Instruktion von Konterrevolutionären gewidmet. In bestimmten Sonderfällen richtet das RFE mitunter seine gesamte technische Sendekapazität - das sind immerhin 1 825 000 Watt und Sendungen auf nicht weniger als 780 verwendeten Frequenzen - auf ein einziges sozialistisches Land. Wir haben das 1956 im Falle Ungarns und Polens und 1968 im Falle der CSSR erlebt.

Es ist kein Wunder, daß diese antikommunistische Stoßtruppe der Wall Street ihre umfangreichen technischen Sendeeinrichtungen just in solchen Ländern installiert hat, in denen der Faschismus

herrscht beziehungsweise der Neonazismus blüht: 18 Kurzwelle-sender des RFE mit Stärken von je 50, 100 und 250 KW sind im faschistisch regierten Portugal stationiert und zwei Mittel-wellensender sowie acht Kurzwelle-sender auf dem Territorium des Bonner Staates (nämlich in Holzkirchen/Bayern beziehungs-weise in Biblis/Hessen). Sowohl Portugal als auch Westdeutschland sind zudem durch den NATO-Pakt an die USA gekettet. Man kann sich gut vorstellen, daß für dieses Zentrum der psychologischen Kriegführung beachtliche Summen aufgewendet werden müssen: 1951 waren es beispielsweise Dollars im Gegenwerte von 18 Millionen Westmark, 1967 bereits im Gegenwert von 44 Millionen Westmark. Und die westdeutsche Regierung ist heimlich an dieser Finanzierung beteiligt! Auch an dieser finanziellen Seite läßt sich unverkennbar ablesen, in welchem Maße die Machthaber in einigen NATO-Staaten die politische Attacke gegen den Sozialis-mus in Europa verstärken.

Hinter dem Firmenschild "Kreuzzug für Freiheit" versuchten die Gründer des RFE, ihren Diversionssender "privat" zu tarnen und sich gewissermaßen einen Freibrief für ihre konterrevolutionäre Propaganda auszustellen. Das westdeutsche Journal "Der Spiegel" (21. 11. 1956) meinte in diesem Zusammenhang: "Diese Propaganda hat einen nicht zu unterschätzenden Vorteil: Weil sie offiziell privat ist, ist sie nicht an diplomatische Rücksichten gebunden, die etwa ein amerikanischer Regierungssender nehmen muß. Trotz-dem wird sie von den Hörern aus dem Osten oft für die offizielle Meinung Amerikas gehalten." Mit anderen Worten: Das RFE hat von vornherein die Funktion, seine Hörer zu irritieren, politisch zu verwirren.

Das RFE ist also nichts anderes als ein politischer Piraten-sender. Seine Entstehungsgeschichte rundet dieses Bild ab, denn noch vor der Gründung des westdeutschen Staates nutzte der dama-lige US-Militärgouverneur General Lucius D. Clay seine Besatzer-funktion aus, um im an der amerikanischen Besatzungszone ge-le-gen München den Grundstein für diesen Hetzsender zur Störung der Koexistenz in Europa einzugraben. Dieser L. D. Clay zählt

übrigens noch als pensionierter General zu den 48 Mitgliedern jenes New Yorker Free Europe Committee, in dessen schon 1963 propagiertem Programm die Aufgabe fixiert ist, "die Stärken und Schwächen des kommunistischen Systems zu erkennen und dadurch den freien Nationen (gemeint sind damit die NATO-Staaten) ~~die~~ die Möglichkeit zu geben, dieses System wirksam zu bekämpfen". Interessant ist, daß im New Yorker Komitee für ein "Freies Europa" nicht ein einziger Europäer zu finden ist. Dafür laufen die Fäden dieses ominösen Komitees eindeutig zum Monopol-Militär-Komplex der USA, in dem die Rechtsextremisten den Ton angeben. So findet man auf der Gründerliste des RFE beispielsweise den ehemaligen amerikanischen Hochkommissar in Deutschland, den Großbankier und Adenauer-Schwager John McCloy, den damaligen amerikanischen Außenminister John Foster Dulles, der ja bekanntlich nichts Geringeres vorhatte, als den gesellschaftlichen Fortschritt abzustoppen und den Sozialismus aus Europa "zurückzurollen", sowie die Milliardäre Nelson Rockefeller und Henry Ford. Die Hauptfinanziers des RFE sind die Rockefeller-, Moggan-, Schröder- und Lehmann-Kapitalgruppen der USA. Texanische Ölmillionäre, Konzerne wie ESSO, Ford und General Motors erweisen sich im Falle des RFE als großzügige Spender, aber auch militäristische Verbände der USA und nicht zuletzt die amerikanische Geheimdienstorganisation CIA zählen zu den Mäzenen der RFE Bürokratie. Alle diese Finanziers haben weniger die Freiheit der Völker Europas im Sinn als vielmehr recht handfeste ökonomische Marktinteressen und politische Machtinteressen in Europa. Es handelt sich bei diesen Monopolgruppen ja um die namhaftesten Rüstungsprofiteure der USA, die an der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in den europäischen NATO-Staaten Hauptnutznießer sind und auch alle Möglichkeiten in Anspruch nehmen, mit ihren europäischen Tochtergesellschaften ihre Absatzgebiete expansiv zu vergrößern.

Auch der Einfluß der Generale und Admirale des Pentagon sowie der untergründigen CIA auf das RFE läßt sich genau ablesen. Der nach dem zweiten Weltkrieg ununterbrochen als oberster Geheimdienstberater der amerikanischen Präsidenten tätig gewesene Mitbegründer der CIA Clark M. Clifford, der ja seit März 1968

als amerikanischer Kriegsminister amtiert, steht seit Jahren als Nr. 10 auf der Mitgliederliste des Free Europe Committees. Auf Führungsposten dieses Komitees thronen ferner die US-Generale Clay und Crittenberger, der ehemalige Sicherheitsberater des Staatssekretärs für das Heer der USA Archibald S. Alexander, und der Direktor des RFE-Hauptquartiers in München ist niemand anders als der ehemalige US-Generalmajor C. Rodney Smith. Bleibt noch zu erwähnen, in welchem entlarvenden Maße der RFE-Generalstab für psychologische Kriegführung mit den offiziellen Propagandainstitutionen des State Department der USA personell verquickt ist. Der langjährige Spezialberater für Auslandspropaganda des amerikanischen Außenministers John McCready Patterson zum Beispiel war zuvor sechs Jahre Präsident der RFE-Stiftung. Ständig holt sich das nordamerikanische Außenministerium vom RFE auf die Konturrevolution gedrilltes Personal in die Reihen seiner Mitarbeiter. Unter diesen Leuten, meist handelt es sich dabei um politische Emigranten und üble Landesverräter, tauchen unter anderem die gebürtigen Tschechen Cary O. Fisher und Paul D. Sivak, die Serben George Zivadinovich und Grga Zlatoper und die aus Rumänien stammenden Mircea Carp und Dr. Gerassimus Michael Razi auf.

Als Leiter der aufs modernste ausgestatteten geheimdienstlichen Aphörzentrale des RFE in Schleißheim/Bayern amtiert indes der aus Bulgarien stammende Faschist Michael Nebollieff, der sich während des zweiten Weltkrieges freiwillig direkt von den Nazis hat ausbilden lassen.

Das RFE mischt sich nun seit annähernd zwei Jahrzehnten in lästiger wie illegaler Weise und völlig völkerrechtswidrig in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten Europas ein. Dieser Diversionssender wird dabei von der deutschen Monopolbourgeoisie und ihren speziellen Sprachrohren begünstigt, politisch ermuntert und immer wieder auch vor westdeutschen Kritikern geschützt. Besonders sicht- und spürbar wurde dies, seitdem jener Kurt Georg Kiesinger in Bonn Kanzler geworden ist, der selbst während des zweiten Weltkrieges für Goebbels und den

Naziaußenminister Ribbentrop faschistische Hetzsender organisiert und geleitet hat. Es darf nicht übersehen werden, daß die Bonner Regierungen aller Zusammensetzungen seit Mai 1955 immer wieder die Sendelizenz für das RFE erneuert haben und daß sich das Kiesinger/Strauß-Kabinett trotz seiner aktuellen Beteuerungen, eine "neue Ostpolitik" betreiben zu wollen, nie offiziell von der Völkerhetze, der Kriegspropaganda, kurzum der Verseuchung des Äthers durch das RFE distanzierte. An der Vergabe der Sendelizenz, der Anerkennung des Senderstatus des RFE und der Schaffung großzügiger technischer Voraussetzungen auf dem Territorium der westdeutschen Bundesrepublik sind nicht nur aktiv die Bonner Kanzler, die Innenminister und Bundespostminister beteiligt, sondern auch die bayerische Landesregierung und über den "Westeuropäischen Beratungsausschuß des RFE" auch rechte SPD-Führer. So ist heute nicht zuletzt das RFE ein Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Bonner Politik geworden. Jeder nämlich, der aufrichtig in Europa für Frieden und Koexistenz eintritt, muß sich zwangsläufig gleichzeitig dafür einsetzen, daß der Hetzsender RFE endlich liquidiert wird.

Zunächst ist wichtig festzustellen, daß nach dem Bonner Bundesgesetz vom 29. November 1960 die Rundfunkanstalten "Deutsche Welle" und "Deutschlandfunk" direkte Bestandteile des westdeutschen Staatsapparates sind. Die "Deutsche Welle" sendet täglich ein paralleles Fremdsprachenprogramm von insgesamt 34 Stunden in 26 Sprachen, darunter auch Bulgarisch. An der Programmgestaltung ist bezeichnenderweise auch der USA-Besatzungssender RIAS in Westberlin beteiligt. Die Bonner Regierung finanziert ihre beiden Sender jährlich mit 80 Millionen DM. Dafür verlangt sie von den Mikrofonisten mit der gespaltenen Zunge selbstverständlich auch erstklassige ideologische Diversion! Wer gibt also im Verwaltungsrat der "Deutschen Welle" den Ton an? Als Vorsitzender niemand anderes als der Generalsekretär der CDU, der Partei der westdeutschen Monopole, Bundesminister Bruno Heck höchstpersönlich. Stellvertretender Vorsitzender ist der Chef des Presseamtes der Bundesregierung Günther Diehl, der bereits unter Hitler eine

leitende Funktion in der "Rundfunkpolitischen Abteilung" des faschistischen Auswärtigen Amtes innegehabt und als Organisator nazistischer Hetzpropaganda im okkupierten Frankreich und Belgien gewirkt hat. In diesem Verwaltungsrat findet man auch Bundeswehr-Brigadegeneral Gerd Schmückle und Ministerialrat Dr. Karl Hohmann, der in Kiesingers Bundeskanzleramt just für die Koordinierung der westdeutschen Geheimdienstzweige und der politischen Geheimpolizei des Bonner Staates verantwortlich ist. Und diese Alt-Nazis und Militaristen wagen es, täglich ihre Sendungen mit Tyk E Padno Germania einleiten zu lassen!

Wer diese eigentliche Triebkräfte der Ätherhetze namentlich kennt, müßte einfach ein politischer Naivling sein, fiele er auf deren faule Tricks herein.

Indes registrieren die sozialistischen Staaten sehr aufmerksam, wie böswillig besonders die USA und die westdeutsche Bundesrepublik ständig und verstärkt gegen die schon 1951 von der UNO-Vollversammlung erhobene Forderung verstoßen, nämlich "Rundfunksendungen zu unterlassen, die unfaire Angriffe oder Verleumdungen gegen irgendwelche Völker darstellen."

Westdeutsche Funkamateure waren eingeschaltet

Zum Einsatz westdeutscher ^(Qualität) Funker und Funkstationen nach dem 21. August 1968 an der CSSR-Grenze wurden weitere Einzelheiten aus dem Raum Schirnding bekannt. So beteiligten sich neben der Bundeswehr und verschiedenen Spionagedienststellen auch zahlreiche Mitglieder privater Funkorganisationen und Clubs wie ADAC, Verband der Amateurfunker usw. an ~~den~~ konterrevolutionären Aktionen ^{gegen die CSSR}. Selbst die Flugsportverbände hatten sich mit ihren Funkausrüstungen und Maschinen "in den Dienst der Sache gestellt". Die Mitglieder dieser Organisationen waren offiziell durch Bonner Behörden zur "Mitarbeit" aufgefordert worden.

Diese westdeutschen Funkgruppen meldeten ihre Aufnahmen laufend an Zentralen, wie dem Bayrischen Rundfunk und dem Bundesnachrichtendienst in München-Pullach.

Von Passanten wurden entlang der ~~CSSR-Grenze~~ ^{CSSR-Grenze auf westdeutschem Territorium} / zahlreiche westdeutsche Amateursender ^{und Flugstationen} beobachtet, die ~~die~~ ^{wurden} in PKW, Kombi-wagen und Lastwagen Kurzwellensender mit speziellen Hochantennen betrieben. Die Sender arbeiteten ^{getarnt} (in Waldstücken, auf Campingplätzen oder ~~ein~~ einfach auf Wiesen, ~~aber~~ stets ~~aber~~ abseits von belebten Straßen. Zwischen Schirnding und Waidhaus wurden vier solcher Sender festgestellt. In unmittelbarer Nähe des westdeutschen Grenzpostens in Waidhaus operierte ebenfalls ein Privatsender, der mit vier Hochantennen ausgerüstet war.

V. HVA / E

1x Presseamt.

für Blockpresse

Am 11. 9. 1968

BSTU
0498

"Psychologische Kampfführung", praktisch erprobt

Aufsehenerregende Einzelheiten über Ausrüstung und Ausbildung des PSK-Sende-Bataillons 701 (PSK=Psychologische Kampfführung) 547 Andernach, St. Thomaserhohl 87, das an der CSSR-Grenze operierte, wurden jetzt ergänzend bekannt. Sie widerlegen eindeutig ein Dementi des Bonner Kriegsministeriums, in dem behauptet worden war, das Rundfunkbataillon der Bundeswehr habe keine "fingierten Erklärungen und Aufrufe" in die CSSR funken können, weil es nur über stationäre Sender mit geringer Reichweite verfüge und ein UKW-Sender sich zudem in Reparatur befunden habe.

Tatsächlich verfügt das PSK-Sende-Bataillon 701 (früher Radio- oder Rundfunkbataillon 909) über LKW und schwere Anhänger, die mit einem hydraulischen Sendemast versehen sind. Diese Sendemasten können in der Regel bis 76m bzw. 87 m ausgefahren werden. Weiterhin verfügt das Sende-Batl. 701 über mehrere handelsübliche Fahrzeuge, vorwiegend Mercedes-Kombi-Wagen, in denen die Verstärker und sonstige radio-mechanische Geräte untergebracht sind, die an der CSSR-Grenze eingesetzt waren.

Die Beweglichkeit des PSK-Sende-Batl. 701 geht auch aus der Struktur hervor. Das PSK-Sende-Batl. 701 gliedert sich in die Hauptredaktion und vier Bezirksredaktionen. Jede einzelne Bezirksredaktion ist ^{so} ausgerüstet, daß sie als selbständige Redaktion- und Sendeeinheit arbeiten kann. Jede Bezirksredaktion hat ihren eigenen Mittelwellensender und teilweise einen weiteren UKW-Sender. Diese vier mobilen Redaktionen, die jeweils über Studio-, Archiv- und Sendewagen verfügen, können mit der Hauptredaktion zusammenarbeiten und bekommen von dort einen Teil des Sendematerials geliefert. Sie sind aber auch in der Lage, für den Fall, daß die Hauptredaktion ausfällt, selbständig Programme zu produzieren.

Die Aufgabenstellung für das Sendebataillon 701 geht aus entsprechenden Direktiven hervor. In einer dieser Direktiven heißt es:

Die Standhaftigkeit des Gegners ist durch Täuschung, Drohung, Verlockung und Verleumdung, durch Nachrichten, Gerüchte und Parolen sowie Verbreitung von Schrecken zu untergraben.

Dem PSK-Sende-Batl. 701 ist ferner ein schwerer Druckereizug angegliedert, dem im Rahmen der Ereignisse in der CSSR eine besondere Rolle zukam. Er erhielt die Anweisung, Flugblätter mit folgender Tendenz zu verbreiten:

- Informative Flugblätter, die in kürzester Form Nachrichten und Informationen vermitteln
- suggestive Flugblätter, die in erster Linie von der vermutlichen psychologischen Verfassung der Zielpersonen- Gruppen ausgehen
- instruktive Flugblätter, die Anweisungen oder Aufforderungen zum Handeln beinhalten.

Ein weiteres Dokument, das den Einsatz des Sendebataillons bestätigt, ist "Die Aufteilung der CSSR in Empfangszonen zur Bestimmung der günstigen Sendefrequenzen" überschrieben.

Dieses Material, das als Grundlage für die Arbeit des PSK-Sende-Batl. 701 dient, legt eindeutig die Abschnitte, die vorgesehene Sendeleistung und die Frequenzen für den Einsatz an der CSSR-Grenze fest.

Weiterhin wurde bekannt, daß die in der Schweiz existierende Abhörstation für internationalen Funkverkehr des Bundesnachrichtendienstes auch mit dem PSK-Sende-Batl. 701 zusammengearbeitet hat. Diese ^{als} Elektrofirma getarnte Station ist darauf spezialisiert, den Funkverkehr der auf westdeutschem Boden

stationierten Botschaften zu überwachen und darüberhinaus auch alle anderen erreichbaren Wellen abzuhören. Dieser Station wurde es schon vor einiger Zeit zur dringenden Auflage gemacht, die "wichtigsten" Meldungen aufzufangen und unverzüglich weiterzuleiten.

An ~~JK~~-direkt

ant 5.9.

BSTU.
0511

in. an Premaut
17.9.68.

a Feingold. 30.9.68

Zur Konkretisierung des

2. Absatzes:

BSTU
0512

1. Informationen für die Truppe
Nr. 10/67. S. 687, 694
2. Gesetz über Kombattantenstatus
des BGS v. 16.7.1965

13.9.67

Bundeswehrmaßnahmen für militärische Aktionen gegen die CSSR

1. Aus dem Kommandobereich des vorwiegend in Bayern stationierten II. Korps der Bundeswehr wurde bekannt, daß Pläne für einen beschränkten Einsatz der Bundeswehr gegen die CSSR bestanden.

Zur Realisierung solcher Pläne wurden noch vor dem 21. August einige Punkte der generellen Weisung des Bundesministers der Verteidigung über das Verhalten der Bundeswehr bei Grenzwischenfällen im Grenzgebiet zur CSSR außer Kraft gesetzt oder geändert.

Diese Maßgaben wurden veranlaßt, weil die Bundeswehrführung mit "dramatischen Entwicklungen" in der CSSR rechnete. Darüber hinaus wurden bestimmte Einheiten vorbereitet, um in diesem Falle der Aktivität antisozialistischer Kräfte entsprechend der Lage und auch bei Notwendigkeit von Gewalt auch militärisch vorgehen und Beistand leisten zu können. Entsprechende operative Aufgaben wurden in gewenderten Befehlen der Panzergrenadier-Brigade 11 gestellt, die unter dem Befehl von Oberst Rüdiger von Reichert entlang der tschechoslowakischen Grenze im Bayerischen Wald stationiert ist.

In Verbindung damit wurde die politische und militärische Lage an der Grenze CSSR-Westdeutschland in den Tagen vor dem 21. 8. ständig von Aufklärungseinheiten genauestens beobachtet. Es waren spezielle Vorkehrungen getroffen, die Lageberichte unverzüglich dem Bundesverteidigungsminister zuzuleiten.

2. Spezielle Aufgaben wurden ferner der "Schule für Nachrichtenwesen" der Bundeswehr in Bad Ems übertragen, die unter dem Kommando von Brigadegeneral Heinz Schumacher steht, der sich als Stabsoffizier der Hitler-Luftwaffe bei Kriegsende mit

faschistischen Wehrwolf-Banden im rumänischen Staatsgebiet herumtrieb und als Kriegsverbrecher in der Sowjetunion verurteilt war. Wie im einzelnen dazu bekannt wurde, wurde der Entwicklung in der CSSR von der Leitung dieser Schule bereits seit geraumer Zeit größte Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurden Lehrgangsmaterialien über die Ausnutzung "neuer Aspekte" der innenpolitischen Entwicklung der CSSR ausgearbeitet. Ein Teil der Schüler wurde speziell mit diesem Themenkreis und mit speziellen Einsatzgrundsätzen in einer solchen Lage vertraut gemacht.

Bereits einige Tage vor dem 21. 8. wurde für diese Schüler, überwiegend Offiziere, erhöhte Einsatzbereitschaft befohlen. Am 22. 8. erhielten sie den Auftrag, mit Gepäck sofort in ihren Stammeinheiten zu erscheinen. Die Offiziere, die für den Einsatz an der CSSR-Grenze vorgesehen waren, wurden beauftragt, sich mit Zivilkleidung auszurüsten. Sie sind in der Nacht vom 22. 8. zum 23. 8. 68 mit Hubschrauberstaffeln in grenznahe Gebiete geflogen worden.

Als verantwortlicher Offizier dieses Einsatzes wurde der neue Leiter der Gruppe Allgemeine Truppenpraxis (ATP) Oberstleutnant i. G. Wüstenberg bekannt. Die Gruppe ATP beschäftigt sich mit Wehrgeographie, Wehrrüstung Ost und Fragen des sogenannten verdeckten Krieges, zu denen auch die "psychologische Beeinflussung des Gegners" durch Rundfunkpropaganda gehört.

3. Generell ist in Offizierskreisen der Bundeswehr vielfach die Auffassung geäußert worden, daß die Bundesrepublik hätte begrenzt militärisch wirksam werden müssen.

Diese Auffassung propagierten besonders solche Offizierskreise, die der NPD nahestehen.

Es wurde in diesem Zusammenhang erneut bestätigt, daß der Einfluß der NPD im Offizierskorps der Bundeswehr in raschem Tempo wächst.

- 3 -

4. Hohe Bundeswehroffiziere hielten in der Zeit vor dem 21. 8. sich zu Aufklärungszwecken mehrfach in der CSSR auf. Einer dieser "Touristen" nach Wehrmachts-Vorbild war Oberst Fechner, stellvertretender Divisionskommandeur der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, stationiert in Veitshöchheim, vom 8. - 12. 5. 1968 in der CSSR aufhielt. Fechner, ca. 50 Jahre alt, reiste als "Journalist" unter dem Namen Anton Speck. Fechner begann seine militärische Laufbahn bei der faschistischen Wehrmacht, war Offizier der Panzertruppen und brachte es bis Kriegsende zum Referenten im Oberkommando des Heeres.

Bundeswehrmaßnahmen für militärische Aktionen gegen die CSSR

1. Aus dem Kommandobereich des vorwiegend in Bayern stationierten II. Kopps der Bundeswehr wurde bekannt, daß Pläne für einen beschränkten Einsatz der Bundeswehr gegen die CSSR bestanden.

Zur Realisierung solcher Pläne wurden noch vor dem 21. August einige Punkte der generellen Weisung des Bundesministers der Verteidigung über das Verhalten der Bundeswehr bei Grenzwischenfällen in Grenzgebiet zur CSSR außer Kraft gesetzt oder geändert.

Diese Maßgaben wurden veranlaßt, weil die Bundeswehrführung mit "dramatischen Entwicklungen" in der CSSR rechnete. Darüber hinaus wurden bestimmte Einheiten vorbereitet, um in diesem Falle der Aktivität antisozialistischer Kräfte entsprechend der Lage und auch bei Notwendigkeit von Gewalt auch militärisch vorgehen und Beistand leisten zu können. Entsprechende operative Aufgaben wurden in gewonderten Befehlen der Panzer-grenadier-Brigade 11 gestellt, die unter dem Befehl von Oberst Rädiger von Reichert entlang der tschechoslowakischen Grenze im Bayerischen Wald stationiert ist.

In Verbindung damit wurde die politische und militärische Lage an der Grenze CSSR-Westdeutschland in den Tagen vor dem 21. 8. ständig von Aufklärungseinheiten genauestens beobachtet. Es waren spezielle Verkehrrungen getroffen, die Lageberichte unverzüglich dem Bundesverteidigungsminister zuzuleiten.

2. Spezielle Aufgaben wurden ferner der "Schule für Nachrichtenwesen" der Bundeswehr in Bad Nau übertragen, die unter dem Kommando von Brigadegeneral Heinz Schumacher steht, der sich als Stabsoffizier der Hitler-Luftwaffe bei Kriegsende mit

- 2 -

faschistischen Wehrwolf-Banden im rumänischen Staatsgebiet heruntrieb und als Kriegsverbrecher in der Sowjetunion verurteilt war. Wie in einzelnen dazu bekannt wurde, wurde der Entwicklung in der CSSR von der Leitung dieser Schule bereits seit geraumer Zeit größte Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurden Lehrgangsmaterialien über die Ausnutzung "neuer Aspekte" der innenpolitischen Entwicklung der CSSR ausgearbeitet. Ein Teil der Schüler wurde speziell mit diesem Themenkreis und mit speziellen Einsatzgrundsätzen in einer solchen Lage vertraut gemacht.

Bereits einige Tage vor dem 21. 8. wurde für diese Schüler, überwiegend Offiziere, erhöhte Einsatzbereitschaft befohlen. Am 22. 8. erhielten sie den Auftrag, mit Gepäck sofort in ihren Stabseinheiten zu erscheinen. Die Offiziere, die für den Einsatz an der CSSR-Grenze vorgesehen waren, wurden beauftragt, sich mit Zivilkleidung auszurüsten. Sie sind in der Nacht vom 22. 8. zum 23. 8. 68 mit Hubschrauberstaffeln in grenznahe Gebiete geflogen worden.

Als verantwortlicher Offizier dieses Einsatzes wurde der neue Leiter der Gruppe Allgemeine Truppenpraxis (ATP) Oberstleutnant i. G. Wüstenberg bekannt. Die Gruppe ATP beschäftigt sich mit Wehrgeographie, Wehrrüstung Ost und Fragen des sogenannten verdeckten Krieges, zu denen auch die "psychologische Beeinflussung des Gegners" durch Rundfunkpropaganda gehört.

3. Generell ist in Offizierskreisen der Bundeswehr vielfach die Auffassung geäußert worden, daß die Bundesrepublik hätte begrenzt militärisch wirksam werden müssen.

Diese Auffassung propagierten besonders solche Offizierskreise, die der NPD nahestehen.

Es wurde in diesem Zusammenhang erneut bestätigt, daß der Einfluß der NPD im Offizierskorps der Bundeswehr in raschem Tempo wächst.

- 3 -

- 3 -

4. Hohe Bundeswehroffiziere hielten in der Zeit vor dem 21. 8. sich zu Aufklärungszwecken mehrfach in der CSSR auf. Einer dieser "Touristen" nach Wehrmachts-Vorbild war Oberst [REDACTED] stellvertretender Divisionskommandeur der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, stationiert in Veitshöchheim, von 8. - 12. 5. 1968 in der CSSR aufhielt. [REDACTED] ca. [REDACTED] Jahre alt, reiste als "Journalist" unter dem Namen [REDACTED] [REDACTED] begann seine militärische Laufbahn bei der faschistischen Wehrmacht, war Offizier der Panzertruppen und brachte es bis Kriegsende zum Referenten im Oberkommando des Heeres.

ADN-Information (Grün)

BSIU
0519

Nr. 14 9. 68

ppp-informationsbrief; 'oberst fechner...'

-bei verwendung keine quellenangaben

adn-korr. b o n n, 13. sept. 'oberst [redacted], stellv. kommandeur
der 12. panzerdivision, dem von der ostberliner regierungsoffiziel-
len nachrichtenagentur adn am 10. september vorgeworfen wurde, dass
er 'in den vergangenen monaten mehrere fahrten in die cssr unter-
nommen' habe und zuletzt noch vom 8. bis 12. mai unter dem decknamen
'anton speck, journalist' in der cssr gewesen sei, hat sich seit
1938 zu keiner zeit in der tschechoslowakei aufgehalten.!'++ld/

gb 6

Am 7K - dil

am 5.3.

BSTU
0520

+ 11.9.68 - Present

München (ADN). Wie bekannt wird, sind leitende Redakteure bayrischer Zeitungen kürzlich auf einer vertraulichen Beratung, an der Funktionäre der CSU und SP teilnahmen, in Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR wegen einer "unverantwortlich leichtfertigen Berichterstattung", die in der Öffentlichkeit zu peinlichen Fragen über die Bonner Einnischung geführt habe, gerügt worden. Die von diesen Parteien gegebenen "Empfehlungen" zur Zurückhaltung und Verschleierung der westdeutschen Absichten seien nicht in ausreichendem Maße beachtet worden.

Bei diesen "Empfehlungen" handelte es sich darüber hinaus um die Anweisung, alle verfügbaren Kontakte zu Presseorganen der CSSR zu intensivieren und geeignete antisozialistische Lösungen in CSSR-Publikationsorgane zu lancieren. Die bayrische Presse selbst sollte "mit Mäßigung" berichten, um die Positionen politischer gemäßigter Kräfte nicht unnötig zu gefährden.

Stattdessen, so heißt es in der Maßregelung der Parteien, hätten einige Zeitungen Bayerns, darunter der "Bayern-Kurier", den Ereignissen in der CSSR selbst bewusst vorgegriffen, inoffizielle Meldungen seien "willkürlich ausgeschmückt" und Ereignisse bereits dargestellt worden, die noch gar nicht stattgefunden hatten. Dadurch sei die Position dieser prowestlichen Kräfte gegenüber Westdeutschland vorzeitig blösiggestellt.

Von den anwesenden CSU-Funktionären wurde zur gegenwärtigen Lage betont, jetzt nach dem Einmarsch der verbündeten Truppen sei es allerdings "legitim und zweckmäßig, die Clace-Handschuhe ausziehen."

München (ADN). Wie bekannt wird, sind leitende Redakteure bayrischer Zeitungen kürzlich auf einer vertraulichen Beratung, an der Funktionäre der CSU und SP teilnahmen, in Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR wegen einer "unverantwortlich leichtfertigen Berichterstattung", die in der Öffentlichkeit zu peinlichen Fragen über die Bonner Einmischung geführt habe, gerügt worden. Die von diesen Parteien gegebenen "Empfehlungen" zur Zurückhaltung und Verschleiерung der westdeutschen Absichten seien nicht in ausreichendem Maße beachtet worden.

Bei diesen "Empfehlungen" handelte es sich darüber hinaus um die Anweisung, alle verfügbaren Kontakte zu Presseorganen der CSSR zu intensivieren und geeignete antisozialistische Losungen in CSSR-Publikationsorgane zu lancieren. Die bayrische Presse selbst sollte "mit Mäßigung" berichten, um die Positionen politisch gemahmer Kräfte nicht unnötig zu gefährden.

Stattdessen, so heißt es in der Maßregelung der Parteien, hätten einige Zeitungen Bayerns, darunter der "Bayern-Kurier", den Ereignissen in der CSSR selbst bewußt vorgegriffen, inoffizielle Meldungen seien "willkürlich ausgeschmückt" und Ereignisse bereits dargestellt worden, die noch gar nicht stattgefunden hatten. Dadurch sei die Position dieser prowestlichen Kräfte gegenüber Westdeutschland vorzeitig bloßgestellt.

Von den anwesenden CSU-Funktionären wurde zur gegenseitigen Lage betont, jetzt nach dem Einmarsch der verbündeten Truppen sei es allerdings "legitim und zweckmäßig, die Glace-Handschuhe ausziehen."

München (ADN). Wie bekannt wird, sind leitende Redakteure bayrischer Zeitungen kürzlich auf einer vertraulichen Beratung, an der Funktionäre der CSU und SP teilnahmen, in Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR wegen einer "unverantwortlich leichtfertigen Berichterstattung", die in der Öffentlichkeit zu peinlichen Fragen über die Bonner Einmischung geführt habe, gerügt worden. Die von diesen Parteien gegebenen "Empfehlungen" zur Zurückhaltung und Verschleierung der westdeutschen Absichten seien nicht in ausreichendem Maße beachtet worden.

Bei diesen "Empfehlungen" handelt es sich darüber hinaus um die Anweisung, alle verfügbaren Kontakte zu Presseorganen der CSSR zu intensivieren und geeignete antisozialistische Losungen in CSSR-Publikationsorganen zu lancieren. Die bayrische Presse selbst sollte "mit Mäßigung" berichten, um die Positionen politisch genehmer Kräfte nicht unnötig zu gefährden.

Stattdessen, so heißt es in der Maßregelung der Parteien, hätten einige Zeitungen Bayerns, darunter der "Bayern-Kurier", den Ereignissen in der CSSR selbst bewusst vorgegriffen, inoffizielle Meldungen seien "willkürlich ausgeschmückt" und Ereignisse bereits dargestellt worden, die noch gar nicht stattgefunden hatten. Dadurch sei die Position dieser prowestlichen Kräfte gegenüber Westdeutschland vorzeitig wiedergestellt.

Von den anwesenden CSU-Funktionären wurde zur gegenwärtigen Lage betont, jetzt nach dem Einmarsch der verbündeten Truppen sei es allerdings "legitim und zweckmäßig, die Glace-Handschuhe auszuziehen.

My 7K - disk
2 S.B.

BSTU
0524

in 11.9.68. - Present

Hamburg (ADN). Wie aus Journalisten-Kreisen in Hamburg bekannt wird, sind auch von der westdeutschen Illustrierten "Stern" in den letzten Wochen die inoffiziellen Verbindungen zu antisozialistischen Kräften der CSSR-Presse intensiviert worden. So hatte "Ostexperte" und "Stern"-Redakteur [REDACTED] im Juni dieses Jahres mehrere Journalisten der CSSR nach Hamburg eingeladen und sie für alle Fälle zur Lieferung von "Hintergrundmaterial" über Vorgänge in ihrer Heimat angeworben.

Hamburg (ADN). Wie aus Journalisten-Kreisen in Hamburg bekannt wird, sind auch von der westdeutschen Illustrierten "Stern" in den letzten Wochen die inoffiziellen Verbindungen zu antisozialistischen Kräften der CSSR-Presse intensiviert worden. So hatte "Ostexperte" und "Stern"-Redakteur [REDACTED] im Juni dieses Jahres mehrere Journalisten der CSSR nach Hamburg eingeladen und sie für alle Fälle zur Lieferung von "Hintergrundmaterial" über Vorgänge in ihrer Heimat angeworben.

Ans 2K - chik
an 5.8.62

BSTU
0527

+ 11.9.68 Present